

Ercheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis pränum.: Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg., Sonntags-Nummer mit Illustration 10 Pfg. Post-Abonnement: 3.30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Eingetragen in der Post-Verordnungs-Vertheilung für 1896 unter Nr. 2272.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Vertheilung oder deren Raum 40 Pfg., für Verlags- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet. Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Donnerstag, den 1. Oktober 1896. Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

„Municipal-Sozialismus.“

Es giebt kein Wort in dieser Zeit der Wort- und Begriffsfalschmäherei, mit dem so viel Mißbrauch getrieben wird, wie mit dem Wort Sozialismus. Jeder Mensch ist ein Sozialist, jeder Mensch will den Sozialismus — aber den Sozialismus, den er meint; und jeder dieser auch-Sozialisten meint einen anderen. Und alles, was diese Herren, die zwischen Sozialismus und Sozialdemokratie unterscheiden, unter Sozialismus verstehen, ist alles andere, nur nicht Sozialismus — sehr häufig das gerade Gegentheil des Sozialismus. Dies gilt namentlich von den Junker-Sozialisten, deren Sozialismus nichts Anderes bedeutet, als daß der Staat die nothleidenden Agrarier zu Aukstern essen und Sekt trinkenden Staatspensionären und Staatsprümmern macht, die zum Dank dafür, daß sie aus der Tasche des arbeitenden Volkes gespeist und getränkt werden, auch, neben der schweren Verdauungsarbeit, noch die andere schwere Arbeit übernehmen, das Volk, dessen natürliche Herren sie sind, zu regieren und alle feiten Staatsämter für sich in Beschlag zu nehmen. Sie sind bereit, alle Fabrikanten mit einem Federstreich zu expropriieren und die Fabriken zu „verstaatlichen“ — vorausgesetzt, daß sie, die Herren Junker, der Staat sind, daß der Staat von ihnen verwaltet wird und daß sie die Klinte der Befestigung in der Hand haben. O, diese Klinte. Sie ist ein Pumpenschwengel, der aus dem unerschöpflichen Quell der Volks-Steuerkraft das Goldwasser heraushebt und in die bodenlosen Geldbeutel der Herren Junker leitet. Tausende von Millionen Mark allein in den 18 Jahren, seit der Junker-Hauptmann Bismarck die famose Wirtschaftspolitik einführte, die ja auch von mancherlei Leuten für Sozialismus gehalten wird, weil sie, der vorfinstlichen Auffassung des Sozialismus entsprechend, die rohste und unverschämteste „Thellerei“ ist.

Doch es sind nicht bloß unsere Feinde, die das Wort Sozialismus mißbrauchen, es sind nicht selten auch Freunde und Genossen. So spukt jetzt in der sozialistischen Presse Englands, Frankreichs und Belgiens das Wort, welches wir an die Spitze dieses Artikels gestellt haben — das Wort „Municipal-Sozialismus“.

Was ist Municipal-Sozialismus? Wenigstens in der ersten Hälfte verdeutscht heißt das *Gemeinde-Sozialismus*. Also Sozialismus der Gemeinden, Sozialismus durch die Gemeindeverwaltung.

In England, Belgien und Frankreich ist es bekanntlich den Sozialisten gelungen, in die Gemeindeverwaltungen einzudringen — was uns Deutschen beiläufig bemerkt schon viel früher gelungen war, nur daß wir darin zwar einen Sieg des Sozialismus, aber nur eine Gelegenheit zur praktischen Vorbereitung, nicht zur Verwirklichung des Sozialismus erblickten.

In England, Frankreich und Belgien, wo die Gemeinden viel größere Selbständigkeit haben und folglich der Verwaltungstätigkeit einen viel größeren Spielraum gewähren, und wo außerdem für die Massen der Begriff des Wortes: Sozialismus nicht so scharf umgrenzt ist, bildete

sich in den Köpfen zahlreicher Genossen der Gedanke heraus, der Sozialismus, dessen Verwirklichung sich der Staat einstweilen noch widersetzt, sei bis zu einem gewissen Punkt in der *Gemeinde* und durch die Gemeinde zu verwirklichen. Und so entstand der „Municipal-Sozialismus“ oder *Gemeinde-Sozialismus*. Er hat ein Programm. Betrachten wir es:

Uebernahme der Gas-, Wasserleitungs- und sonstigen Werke, die kommunalen Zwecken dienen, durch die Gemeinde. Achtstundentag für alle Gemeinde-Arbeiten. Errichtung gesunder Arbeiterwohnungen und öffentlicher Spielplätze. Freie Schule und Schulmittel. Freie ärztliche Hilfe und freie Arzneimittel. Freier Rechtsbeistand. Freie Beschaffen und Bibliotheken.

Das sind die wichtigsten der Forderungen, die wir in englischen, französischen und belgischen Blättern unter der Rubrik „Municipal-Sozialismus“ vorfinden.

Nun sind diese Forderungen ohne Zweifel sehr vernünftig und sehr gemeinnützig; es sind Forderungen, die zum sozialistischen Programm gehören und in der Hauptsache nur — von Sozialisten vertreten werden, aber sozialistisch sind sie nicht. *Gemeinnützigkeit* und Sozialismus sind zwei grundverschiedene Dinge. Gemeinnützige Einrichtungen hat es schon vor Jahrtausenden gegeben, — in den alten Staaten sogar verhältnismäßig mehr als in den modernen. Wer wollte aber Athen, Sparta, Rom mit ihren Volksversammlungen, Diäten, ihren gemeinsamen freien Mahlzeiten und ihren Landvertheilungen für sozialistische Gemeinwesen erklären? Freie Bibliotheken hatten die Chinesen schon vor 8000 Jahren, und die Griechen in Alexandrien vor 2000 Jahren. Waren die Chinesen und Alexandriner darum sozialistisch?

Mit Muster- Arbeiterwohnungen quält die bürgerliche Gesellschaft sich seit 50 und mehr Jahren ab — das ist gerade so wenig eine sozialistische Frage, wie der freie Schulunterricht, der in vielen Staaten und Gemeinden schon längst besteht, und auch die freie ärztliche und rechtliche Hilfe hat nichts Sozialistisches in sich.

Was insbesondere die Betriebs- und Eigentums-Uebernahme von Gas- und Wasserwerken u. dergl. durch die Gemeinden betrifft, so verhält es sich mit der Verstaatlichung — wenn uns der Ausdruck erlaubt ist — oder der Vergemeindung genau so, wie mit der Verstaatlichung.

Freilich in bezug auf diesen Punkt herrscht hier und da noch Unklarheit in den Reihen der Genossen. Die Verstaatlichung oder, wie die Engländer und Franzosen es nennen: die „Nationalisation“ gilt vielen, die in das Wesen des Sozialismus nicht vollständig eingedrungen sind, als sozialistische Organisation. Das ist grundfalsch. Und ein Blick auf unser Eisenbahnwesen, das in Deutschland fast durchaus verstaatlicht ist, läßt den Irrthum sofort in die Augen springen. Man darf sich durch zufällige äußere Aehnlichkeiten nicht zu falschen Schlussfolgerungen verleiten lassen.

Der sozialistische Betrieb ist allerdings im Gegensatz zu dem Privatbetrieb ein gemeinsamer Betrieb

durch die organisierte Gesellschaft; und der Staat ist entschieden eine organisierte Gesellschaft. Insofern liegt eine Aehnlichkeit vor. Aber die im heutigen Staat organisierte Gesellschaft ist es ja, welche vom Sozialismus bekämpft wird. Dieser Staat und diese Gesellschaft sind kapitalistisch. Und wenn dieser Staat und diese Gesellschaft irgend einen Betrieb, zum Beispiel die Eisenbahnen, die Tabakfabrikation dem Privatbetrieb entziehen und zur Regie, d. h. zum Staatsbetrieb machen, so geschieht das einzig im Interesse der herrschenden Klassen, d. h. im Interesse des Kapitalismus und des durch ihn vertretenen Ausbeutungs-Prinzips. Der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ziel zu setzen, mit der Herrschaft der Ausbeuterklasse die Klassenherrschaft zu beseitigen — das ist das Ziel des Sozialismus, der zu diesem Zweck allerdings die Privatproduktion und den Privatbetrieb abschaffen und durch den staatlichen oder gesellschaftlichen Betrieb ersetzen muß. Doch, wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe, — so verwerflich dieser Satz auf die Justiz angewandt ist, richtig ist er da, wo die Gleichheit oder Aehnlichkeit nur eine scheinbare ist. Wenn der Sozialismus den Privatbetrieb abschafft, so geschieht es, um die Ausbeutung abzuschaffen. Wenn der heutige Klassenstaat irgend einen Privatbetrieb abschafft und dafür den Staatsbetrieb einführt, so thut er es, um die Ausbeutung selber zu üben und sich die Vortheile der Ausbeutung direkt zuzuwenden.

Der Staatsbetrieb des kapitalistischen Klassenstaates ist nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch, und — wir betonen das schon wiederholt — statt Staatssozialismus sollte man korrekter sagen: Staatskapitalismus.

Der Staatskapitalismus ist wenigstens in autokratisch regierten Staaten, sogar die schlimmste Form des Kapitalismus, weil der Staat, der die politische Macht mit der wirtschaftlichen in seiner Faust vereinigt, die kapitalistische Ausbeutung und Knechtung viel intensiver betreiben kann und thatsächlich betreibt, als der Privatkapitalist oder eine Gesellschaft von Privatkapitalisten es vermag.

Man frage nur unsere verstaatlichten Eisenbahnbeamten, wer sie mehr geschunden hat und schindet: die alten Eisenbahnkompagnien oder der Staat?

Genug — Sozialismus kann sich, soll das Wort nicht mißbraucht werden, nur nennen, was die Ausbeutung ausschließt; und ebenso wie der Staatssozialismus in Wirklichkeit Staatskapitalismus, so ist der Municipal-Sozialismus, oder sagen wir lieber Gemeinde-Sozialismus in Wirklichkeit Gemeinde-Kapitalismus.

Und Gemeinde-Kapitalismus muß er in der heutigen Gesellschaftsordnung bleiben, auch wenn die besten, klügsten und klügsten Sozialisten an der Spitze der Gemeinde sind. Denn so wenig man den Sozialismus durch sozialistische Kolonien in die kapitalistische Gesellschaft einschmuggeln kann, so wenig kann man es durch Sozialisierung einer Gemeinde. Sozialistische Kolonien und sozialistische Gemeinden sind Utopien.

55) Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Der Bürger las mit Erstaunen die Antwort des hinterlistigen Präfecten auf das Schreiben Colonna's.

„Er verspricht den Baronen, in der Schlacht mit dem Banner des Präfecten zu ihnen überzugehen“, sagte Pandolfo. „Was sollen wir thun?“

„Nehmt meinen Siegelring — hier — laßt den Präfecten sogleich in das Gefängniß des Kapitols bringen. Seine Krieger müssen Rom sogleich verlassen, und sagt ihnen, daß, wenn sie den Baronen Hilfe leisten, ihr Anführer sterben muß. Geht — es muß gleich geschehen. Während der Zeit will ich in der Kapelle die Messe hören.“

Das römische Heer, verschiedenartig zusammengesetzt, indem Greise und Knaben sich unter ihnen befanden, war in einer Stunde auf dem Marsch nach dem Thore von St. Lorenzo. Von zwanzigtausend Mann zu Fuß bestand kaum der sechste Theil aus vollkommen Bewaffneten, aber die Reiterei war gut gerüstet, indem sie meist aus dem niederen Adel und den reichern Bürgern bestand. An ihrer Spitze ritt der Tribun in vollkommener Rüstung. Auf seinem Helm trug er einen in Silber gearbeiteten Kranz von Eichen- und Olivenblättern. Vor ihm wehte die große Kriegsfahne Roms, und den Anfang des Juges bildete eine Prozession von Franziskanermönchen, da die Geistlichkeit Roms sich meist dem Volke und dessen gewaltigem Führer angeschlossen hatte. Sie sangen folgende Hymne, welche bei dem Schluß jeden Verses durch das Zusammenklagen von Waffen, das Schmettern der Trompeten und das Wirbeln der Trommeln, die eine Art von kriegerischem Chor zu dem Gesange bildeten, noch ergreifender gemacht wurde.

Vorwärts für Altar und Herd!
Wer zu kämpfen nicht begehrt,
Sei verflucht schon hier auf Erden,
Dort soll nimmer Heil ihm werden.
Trommeln und Trompeten tönen,
Rom erhebt in seinen Ehnen!
Santo Spirito, Cavalieri!

Vorwärts für der Freiheit Gut!
Edler Jwed erhöht den Muth,
Eurem Sieg wird Ehre werden,
Wie im Himmel so auf Erden.
Trommeln und Trompeten tönen,
Rom erhebt in seinen Ehnen!
Santo Spirito, Cavalieri!

In dieser Ordnung erreichten sie den weiten Raum, den Ruinen und Verwüstung innerhalb des Thores gelassen hatten, und erwarteten in langen Reihen zu beiden Seiten aufgestellt, die sich weit in die Straßen hinein erstreckten und in der Mitte einen breiten Durchgang freiließen, die Befehle ihres Anführers.

„Öffnet die Thore und laßt den Feind ein!“ rief Rienzi mit lauter Stimme, als die Trompeten der Barone ihre Annäherung verkündeten.

Die Patrizier näherten sich jetzt. Neben dem alten Stephan, dessen stattliche Gestalt und gebietendes Wesen in seiner prächtigen Rüstung sich gut ausnahm, ritten seine Söhne, der Frangipani, der Savelli und Giordano Orsini, der Bruder des Rinaldo.

„Deute soll der Tyrann vernichtet werden,“ sagte der stolze Baron, „und die Fahne der Colonna soll vom Kapitoll wehen!“

„Das Banner des Varen über ihm!“ erwiderte Giordano

Orsini zornig. „Ihr werdet nicht allein den Sieg davon tragen.“

„Unser Haus ist das erste in Rom!“ entgegnete der Colonna.

„Nie, so lange ein Stein von den Palästen der Orsini auf dem anderen bleibt.“

„Still“, fiel Luca di Savelli ein, „müßt Ihr schon die Löwenhaut vertheilen, da der Löwe noch lebt? Wir werden heute tüchtige Arbeit bekommen!“

„Nicht so sehr“, erwiderte der alte Colonna, „Johann di Vico wird mit seiner Schaar zu uns übergehen, sobald das erste Zusammentreffen erfolgt, und einige von den unzufriedenen Römern haben versprochen, die Thore zu öffnen. Wie, Bursche,“ fragte er einen Späher, der athemlos herbeisprengte, „was giebt's?“

„Die Thore sind geöffnet. Kein Speer glänzt auf den Mauern.“

„Sagte ich es Euch nicht?“ wendete sich der Colonna triumphirend an seine Begleiter. „Ich denke, wir werden Rom ohne einen Schwertstreich einnehmen. Pietro, Du hattest ja so düstere Ahnungen?“ Diese Worte sprach er zu einem seiner Enkel, dem Erstgeborenen Gianni's, einem liebenswürdigen Jüngling, der kaum seit zwei Wochen verheiratet war. „Mein kleiner Pietro hier,“ fuhr der Baron zu seinen Begleitern gewendet fort, „ist noch ein so junger Ehemann, daß er in der letzten Nacht von seiner Frau geträumt hat, und das hält der arme Junge für eine böse Vorbedeutung!“

„Sie war in tiefer Trauer, und entzog sich meinen Armen mit dem Ausruf: „Wehe, wehe den Colonna's!““ sagte der junge Mann feierlich.

„Ich bin fast 90 Jahre alt,“ erwiderte Stephan, „und ich kann also wohl einige vierzigtausend Träume in meinem Leben gehabt haben, von denen nur zwei eintrafen und die

*) Das Feldgeschrei Rienzi's.

Politische Uebersicht.

Berlin, 30. September.

In der Begnadigungssache des Lorenz schreibt man uns:

Die protestantische Kirche hat Unglück. So oft es sich darum handelt, eine Sache zu vertheidigen, in deren Verurtheilung die anständigen Leute aller Parteien einig sind, findet sich sicher ein protestantischer Pfarrer, der eine Nothwendigkeit vornimmt. Aber nicht, wie man voraussetzen sollte, aus christlichem Mitgefühl, sondern um die herrschenden Gewalten zu stützen und zu vertheidigen.

Wie der Reichstags-Abgeordnete Pfarrer Schall durch sein taktloses Verhalten im Reichstage seiner Kirche mehr geschadet hat, als Duzende von sozialdemokratischen Agitatoren es könnten, so der Pfarrer in Horst in Pommern mit dem Brief, den er zu gunsten der Begnadigung des Schuhmann Lorenz an die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ sandte und den der „Vorwärts“ gestern abdruckte.

Der Pfarrer in Horst spricht für die Begnadigung, weil der Vater des Lorenz ein hochachtbarer Lehrer sei. Diesen Vater in allen Ehren, aber begehrt der Sohn eines anständigen Vaters viehische Brutalitäten, wie sie der Schuhmann Lorenz begangen hat, obendrein in Ausübung seines Amtes, so kann nicht die Rücksicht auf den Vater vor der wohlverdienten Strafe retten. Im Gegentheil. Die gute Erziehung, die der Sohn von einem anständigen Vater erfuhr, läßt sein Verbrechen nur noch in schwererem Lichte erscheinen.

Der Pfarrer in Horst schreibt weiter: Ueber den Verlauf der Amtüberschreitung des Lorenz sei ihm nichts näheres bekannt, sicher hätten seinem übertriebenen Pflichteifer nicht unlautere Motive zu Grunde gelegen. Kennt der Herr Pfarrer die Vorgänge nicht näher, so ist es um so unqualifizirbarer, daß er zu gunsten des Lorenz nur gute Motive annimmt, die ihn zu seinem Verbrechen veranlaßten. Amtsmißbrauch gegenüber einem hilflosen Gefangenen, obendrein in so bestialischer Weise zu begehen, wie ihn der Lorenz begangen hat, ist ein Ausfluß roherster und gemeinster Gesinnung, und man muß anerkennen, daß die Stettiner Strafkammer die Handlungsweise des Lorenz als solche anjah und bestrafte. Im allgemeinen sind die Gerichte nur zu geneigt, Amtsmißbräuche der Polizeiorgane — und solche kommen unendlich viele vor — sehr milde zu beurtheilen und man darf annehmen, urtheilt ein Gericht hierin einmal streng, der Schuldige hat es reichlich verdient.

Von merkwürdig christlichem Geiste diktiert ist aber auch das scharfe Wort, das der Pfarrer von Horst über die sogenannten Bagabunden fällt. Hier zeigt sich der Pfarrer in seiner ganzen Größe als Anwalt der herrschenden Klassen. Käme heute ein Jesu wieder und zöge von Ort zu Ort, von Almosen lebend und die Armen gegen die Reichen aufregend, wie würde es erst diesem armen Jesu bei dem Pfarrer von Horst ergehen?

Jesu übernahm aber bekanntlich jene Wanderungen freiwillig, die ihn heute möglicherweise in Kollisionen mit Polizei und Staatsanwalt bringen könnten; der durch Lorenz zu Tode mißhandelte „Bagabund“ dagegen war ein Opfer unserer herrlichen Gesellschaftsordnung die faulende und schwelgende Millionäre und darvorne und vagabundierende Proletarier zu ihrer Voraussetzung hat. Hervorzuheben ist hierbei auch die Bereitwilligkeit, mit der der Staatsanwalt in der sicheren Erwartung seiner Begnadigung des Lorenz aus der Haft entläßt.

Wir brauchen nicht erst einen Vergleich zu ziehen zwischen der Behandlung, die man dem Verbrecher Lorenz zu theil werden läßt, und der Behandlung, die unseren unschuldig im Zuchthaus sitzenden Genossen Schröder, Meier u. zu theil wird. Der Unterschied springt jedem in

übrigen nicht. Daraus könnt Ihr entnehmen, was von diesen Vorbedingungen zu halten ist.

Indem sie sich so unterhielten, näherten sie sich dem Thore der Stadt, das immer noch offen stand, auf Bogen-schuhweite. Alles war stille, wie der Tod. Die Schaar, welche meistens aus fremden Soldnern bestand, machte Halt, als plötzlich eine Fackel hoch über die Mauern geworfen wurde, sie flammte einen Augenblick empor und erlosch, indem sie in einen Graben fiel.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst und Wissenschaft.

Das neue Thalia-Theater (früher Adolph Ernst-Theater) scheint mit seiner zweiten Novität, einem Wiener Volksstück: „Gebildete Menschen“ von Viktor Böhm, einen besseren Boden gefunden zu haben als mit der Pariser Gesangsburleske. Die Wienerische Komödie ist durchaus breit, lehrhaft, in dieser Vollständigkeitsform eben vorgetragen, im entscheidenden Moment wird die Lösung nicht durch den nothwendigen Gang der Verhältnisse herbeigeführt, sondern durch Kollisionspunkte, die natürlich ein wenig verschönlisches Ende gestatten. Aber sie ist wirksam dank geschickter äußerlicher Nachbildung Wienerischen Lebens. Die „Gebildeten Menschen“ sind geistige Proletarier, die noch im Klassenhochmuth stehen, und so eint es ihnen auch gehen möge, sie blicken auf den „Ungebildeten“ hochfahrend herab. Dr. Josef Müller ist solch ein Proletarier, dem der Hochmuthstempel gründlich ausgetrieben wird. Dieser Dr. Müller hat einen Bruder, der zwar prozig, unwissend und ungebildet ist; aber durch Glücksfälle wurde er Großindustrieller, Gemeinderath, Kunst-mäcen, kurz ein überaus kapitalträchtiger Mann. Zwischen dem armen und dem reichen Bruder herrscht unerbittliche Feindschaft. Der Arme kann es nicht erwinden, daß das Glück sich an die Fersen des Angebildeten festsetzt. Der Reiche verzicht die Demüthigungen seiner Knabenzeit nicht und verbarrt auf seinem Progenrecht: Der gebildete Bruder muß vor ihm zu knechten kriechen, eher hilft er nicht, und wenn der Bruder vor seiner Thüre verweist. Der Wiener Autor liebt es nicht, herbe Folgerungen zu ziehen; und so leidet er seinem Progenmenschen, ganz wider dessen Massennatur, das bekannte gemüthliche, goldene Wiener Herz, das in lechter Stunde laut zu klopfen beginnt. — Die überaus freundliche Aufnahme des Stückes ist zugleich auch der klaren, fauler abgerundeten Darstellung zu danken. Wohl hatten Leopold Deutsch, Fr. Theren und Fr. Reinhard die Neigung, allzu deutlich nach dem Publikum hineinzuweisen; allein der Stil der sogenannten Volksstücke verfährt dazu. Im Gegensatz zu ihnen, die übrigens das spezifisch Wienerische prächtig trafen, fiel ein norddeutscher Schauspieler, Herr Hansen, durch seine wohlthuende Bescheidenheit in Sprache und Spiel auf.

Im Schiller-Theater wird heute „Emilia Galotti“ gegeben, Wiederholungen des Winkler'schen Lustspiels „Ein Schritt vom Wege“ finden noch Freitag und Sonnabend statt. — Im Bürgersaal des Rathhauses ist Sonntag Abend 7 1/2 Uhr Kompositionen: — „Schubert“ — Abend.

die Augen und er schafft uns ein Heer neuer Bundes-genossen gegen diese herrliche Ordnung.

Ueber Streiktrawalle in dem Bergwerksbezirk von Duz in Böhmen laufen sensationell aufgebauchte Telegramme ein. Das Wolff'sche Telegraphenbureau versendet folgende Nachrichten:

Prag, 29. September. Aus Duz, Brüx und Komotau sind hier Nachrichten eingegangen, denen zufolge unter der Arbeiterschaft aufwieglerische Druckschriften verbreitet werden. Im Duzer Kohlengebiet sind heute 700 bis 1000 Bergleute in Aufrührer getreten. Die Ruhe ist bisher nicht gestört.

Prag, 30. September. In Duz wurde der Aufrührer der Bergarbeiter durch anarchistische Eingriffe vorbereitet, so daß die Arbeiter, ohne eigentliche Forderungen zu stellen, streiken. Eine 50 Mann starke Truppe zieht von Schacht zu Schacht, um die Arbeiter unter Androhung von Gewalt zur Einstellung der Arbeit zu zwingen. In Osseg nahmen die Arbeiter eine bedrohliche Haltung an und zertrümmerten Fenster. In zahlreichen Schächten fand Einstellung der Arbeit infolge Einschüchterung der Arbeiter statt. Im Betriebe befindliche Schächte suchten den Schutz der Behörden nach, welcher auch gewährt wurde. Für militärische Unterthützung wurde gesorgt. Bis gestern Abend wurden 9 Verhaftungen vorgenommen. Aus Komotau wird berichtet, daß im Brüxer Revier zahlreiche Arbeitseinstellungen stattgefunden haben, die Zahl der Streikenden betrug gestern im ganzen 2500.

Die Melodie, die hier von dem offiziellen Telegraphen angestimmt wird, ist uns nicht neu. Besonders aus Oesterreich wird jede Nachricht vom Beginn eines Bergarbeiterstreiks mit dem Sejammer über die Wüßtheit der von Aufwiegler aufgegebenen Bergleute eingeleitet. Der unkritische Leser solcher Schauermärchen wird dadurch zunächst in den Glauben versetzt, daß diese Bergleute aus reinem Uebermuth streiken, weil sie der im Uebermuth genossene kapitalistische Hazer sticht. Erst später pflegt dann die Wahrheit von den schamlosen Zuständen durchzufahren, unter denen die Bergleute zu leiden haben. So wird auch schließlich die Geschichte des Ausstandes in Duz zusammenstimmen mit dem, was wir aus Karwin erfahren haben.

Es wird fortgelogen. Die Verleumdungen und Denunziationen, welche der „Anarchist“ De Witte im Interesse der belgischen Bourgeoisie gegen den „Boornit“ von Gent geschleudert hat, werden von den gegnerischen Blättern noch immer verbreitet, obgleich die völlige Grundlosigkeit der De Witteschen Behauptungen erwiesen und durch die Fabrikinspektoren festgestellt worden ist. Insbesondere ist es der fromme „Reichsbote“, der seinen Lesern den ganzen anarchistischen Noth nach vorsetzt, obgleich er im „Vorwärts“ gelesen haben muß, daß das anarchistische Substantiv bereits amtlich als ein solches gebrandmarkt worden ist. Dies weiß der christliche „Reichsbote“ auch, denn er liest den „Vorwärts“ sehr genau — wie könnte er sonst täglich über uns schimpfen? — er macht sich also zu einem Mitschuldigen des „anarchistischen“ Substantivs. Und, wie der Heiler nicht besser ist als der Stehler, so ist der Verbreiter einer Lüge nicht besser als der Lügner, die christliche „Reichsbote“-Redaktion nicht besser als der „Anarchist“, Verleumder und Denunziant De Witte.

Die Räumung Egyptens durch die Engländer wird jetzt von einem russischen Regierungsblatt in fast drohender Sprache gefordert. Das ist gewiß kein Zufall; und kein Zufall ist es, daß der Rhedive sich jetzt, wo der Besuch des Zaren bevorsteht, nach Paris begeben hat. Jedenfalls scheint so viel gewiß, daß Egypten der Punkt ist, wo die russische Diplomatie versuchen wird, den Hebel gegen England anzusetzen und die Aufrollung der orientalischen Frage im russischen Sinne zu beginnen.

Die argentinische Regierung wird hohe Anerkennung gewinnen bei König Stumm und allen seinen Freunden. Wie wir an anderer Stelle bereits mitgetheilt haben, finden in Buenos-Ayres und andern argentinischen Städten Arbeitseinstellungen zur Erzwingung des achtstündigen Arbeitstages statt. Jetzt wird aus Buenos-Ayres gemeldet:

Die Regierung bereitet ein Gesetz vor, welches die Leiter dieser Ausschände und die berufsmäßigen Agitatoren aus dem Lande auszuweisen gestattet. Es handelt sich fast ausschließlich um Fremde, die erst kurze Zeit im Lande sind.

Da sind doch Hamburg und Bremen nicht die einzigen Republiken mehr, die sich durch diese Art Staatsrhetorik verdient gemacht haben.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

In der Anklagesache wegen Majestätsbeleidigung, die Genosse Jahn in einer Versammlung der Sattler im Februar dieses Jahres gemacht haben sollte, stand heute, nachdem der Termin bereits wegen Ladung von Zeugen am 31. August vertagt war, abermals Termin an vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II, an welches die Sache vom Reichsgericht zurückgewiesen worden war. In Uebereinstimmung mit seinem Vertheidiger Dr. Herzfeld beantragte Jahn die Vorlegung der betreffenden Notiz, welche sich der als Zeuge geladene Wachtmeister Müller in der fraglichen Versammlung gemacht haben sollte, weil derselbe ausjagte, daß er sich nur einige „Stichworte“ notirt und danach die amtliche Meldung gemacht habe. Nach längerer Berathung beschloß der Reichsgericht, dem Antrag Jahn's stattzugeben, um ihn in seiner Vertheidigung nicht zu beschränken und die Verhandlung abermals zu vertagen. Den beiden Polizeibeamten wurde aufgegeben, die von ihnen gemachten Notizen im nächsten Termin zur Stelle zu bringen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Der Majestätsbeleidigung war der frühere Baunternehmer Peyer aus Neu-Weihensee beschuldigt, der am 27. September vor dem Landgericht II hier abgeurtheilt wurde. Die Anklage hat schon eine wechselvolle Geschichte. Im April 1895 beschuldigte eine Restaurateursfrau Jrmier in Weihensee den Peyer, er hätte in ihrem Lokale den Kaiser mit Ausdrücken bezeichnet, die eine schwere Beleidigung enthielten. Peyer wurde in Haft genommen, aber bald wieder entlassen. Trotz seiner Entlastungsanträge wurde die Anklage erhoben, als es aber zum Termine kam, blieb der Angeklagte aus. Er war nämlich inzwischen in mißliche Vermögenslage gerathen und hatte sich nach Amerika begeben, um dort ein besseres Glück zu suchen. Nun wurden Steckbriefe hinter ihm erlassen, und als er in diesem Sommer zurückkehrte, wurde er verhaftet, freilich auch jetzt wieder bald auf freien Fuß gesetzt.

In der Verhandlung gab er, wie schon früher an, daß er die fraglichen Ausdrücke allerdings gebraucht haben möge aber nur vertheidigend, als er von der Verurtheilung erzählte, die sich ein gewisser Sobbe wegen dieser Äußerungen zugezogen habe, und keineswegs in der Absicht, sich diese Redensarten selber anzueignen. Die Denunziantin Frau Jrmier und zwei von ihr ursprünglich benannte Belastungszeugen wollten sich der ganzen Angelegenheit nicht mehr erinnern. Frau Jrmier wußte nur noch, daß Peyer die Worte gesagt hatte; über den Zusammenhang konnte sie nichts mehr bekunden. Dagegen gab sie zu, daß sie ursprünglich in dem Vorfalle nichts besonderes erblickt hätte, und daß sie erst später, als sie sich irriger Weise von Peyer denunzirt glaubte, von anderen aufgereizt worden sei, ihn auch einmal zu denunzieren. Wenn diese Zeugin bloß die Möglichkeit zugab, daß Peyer bloß die Worte des Sobbe wiedergegeben habe, so konnten sich andere Zeugen besser entsinnen, daß Peyer von der Verurtheilung erzählt hatte. Trotzdem hielt der Staatsanwalt den Angeklagten für überführt und beantragte 9 Monate Gefängnis. Er meinte nämlich, daß es völlig unmöglich sei, daß das Gedächtniß der

Jrmier so völlig geschwunden wäre, und daß sie jetzt offenbar zurückfiel, während sie früher die Wahrheit gesagt habe. Der Vertheidiger, H. A. Heine, hielt auch die Gedächtnisschwäche der Belastungszeugen für merkwürdig, kam aber gerade zu dem entgegengesetzten Schlusse hierüber. Er hob hervor, daß die Jrmier sich wohl zu Anfang im ersten Zorn zu einer falschen Aussage möge haben hinreißen lassen, daß sie nun aber davor zurückschreckte, sie auch zu beidigen und daß sie durch ihr Nichtwissen vielleicht mehr ihre Schuld bemantele, als eine That des Angeklagten verschleiern wollte. Der Reichsgericht sah die Sache nicht für aufgelöst an und sprach den Angeklagten frei.

Wegen Majestätsbeleidigung verhandelte am Dienstag die 1. Strafkammer des Landgerichts II gegen den Maurerpolizist August Peyer, den 14. Oktober 1892 zu Breslau geboren, wohnhaft zu Neu-Weihensee. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Auf Grund einer am 5. März 1895 erfolgten Neußerung war gegen Peyer Anklage erhoben worden, der inzwischen in Amerika gewesen ist. Er entfloß dorthin, als das Strafverfahren gegen ihn eingeleitet worden war, aber er ist dann freiwillig nach Deutschland zurückgekehrt. Im ersten Hauptverhandlungstermin am 27. v. M. verurtheilte die sämtlichen Zeugen sich des Wortlauts der inkriminirten Neußerung nach so langer Zeit nicht mehr zu erinnern. Im gestrigen neuen Termin wurde nun der Weihenseer Gemeinde-Polizeirevisor Behringer, welcher die ersten polizeilichen Vernehmungen geleitet, vernommen, beauftragt Konfrontation mit den Zeugen. Der Reichsgericht kam indessen zu der Ueberzeugung, daß die Sache nicht genügend aufgeklärt sei, um zur Beurtheilung des Angeklagten gelangen zu können. Demgemäß lautete das Urtheil auf Freisprechung.

Am 28. September wurde vor der Strafkammer von Frankfurt a. M. ein Majestätsbeleidigungs-Prozess verhandelt, der mit der Freisprechung des angeklagten, 25 Jahre alten Mechanikers Jucker endete. Da es zweifelhaft war, ob der Angeklagte, als er die inkriminirte Neußerung that, nicht stannos betrunken war, stellte sich das Gericht auf den Standpunkt, daß in Zweifelsfällen stets zu gunsten des Angeklagten zu entscheiden sei und sprach nach einer unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erfolgten Verhandlung den Angeklagten frei. — In Mainz dagegen wurde am 28. September die 37 jährige Ehefrau des Täuchers Johann Heffner wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. Auch dort wurde bei geschlossenen Thüren verhandelt.

Genosse Wagemann hatte sich vor der Strafkammer in Rudolfsbad wegen der vom Reichsgericht nach Rudolfsbad zurückverwiesenen Majestätsbeleidigung zu verantworten, welche Wagemann sich seinerzeit durch den Abdruck des Artikels: „Zur Kaiserrede am Sedantage“ zugezogen hatte. Bekanntlich wurde in der vorigen Gerichtsverhandlung das Urtheil auf zweimal 2 Monate (für Abdruck im Saalfelder und Thüringer Volksblatt) festgesetzt. Die eingelegte Revision hatte den Erfolg, daß die Strafe für das „Verbrechen“ diesmal auf 6 Wochen (!) festgesetzt wurde.

Deutsches Reich.

— Für die Novelle zum Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetz wird im „Reichs-Anzeiger“ eine ausführliche Denkschrift veröffentlicht, welche die vom Rechnungsbureau des Reichs-Versicherungsamtes zusammengestellten Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der einzelnen Versicherungsanstalten wiedergibt. Die Denkschrift umfaßt 22 eng bedruckte Seiten des „Reichs-Anzeigers“ und enthält eine große Zahl von Tabellen und mathematischen Formeln.

Als Vorbemerkung wird vorausgeschickt, die bei der Durchführung des Gesetzes bisher gemachten Erfahrungen hätten bewiesen, daß die bei dessen Erlaß aufgestellten Vorschläge trotz der zum theil lächerlichen Rechnungsgrundlagen genügend sicher waren und nicht überschritten worden sind. Für den Gesamtumfang der Invaliditäts- und Altersversicherung werden in der ersten Vertragsperiode, welche mit Ende 1900 abläuft, etwa zwei Drittel des Vorschlags zur Deckung der Versicherungslast erforderlich sein; im Gesamtdurchschnitt werden die Beiträge in der gegenwärtigen Höhe noch für die nächsten Jahrzehnte ausreichen, um die entstehende, von Jahr zu Jahr steigende Versicherungslast zu decken. Es ist sogar nicht unwahrscheinlich, daß bei Fortdauer der jetzigen Beiträge die auskommenden Mittel dauernd zur Erfüllung der Verpflichtungen der Versicherungsnehmer ausreichen werden.

Der erste Abschnitt behandelt den Kapitalwerth der Renten, der zweite den Vermögensbestand, der dritte die Vermögenslage der Versicherungsanstalten. Es ergibt sich nach dieser Aufstellung ein Ueberwiegen des Vermögensbestandes über den Kapitalwerth der laufenden Renten für den 1. Januar 1895 um 170 989 400 Mark, für den 1. Januar 1896 um 223 716 200 M., für den 1. Januar 1897 um 273 645 900 M., für den 1. Januar 1898 um 322 796 600 M., welcher Betrag für den 31. Dezember 1900 weiterhin anwächst auf 466 190 500 M. Darnach wird die Gesamtsumme der Invaliditäts- und Altersversicherung eine durchaus günstige und es ist für die Gesamtsumme der Versicherten weit mehr an Beiträgen aufgebracht, als nach dem in § 20 a. O. vorgesehene Beitragsverfahren erforderlich ist. Sodann wird das neue Vertheilungsverfahren behandelt, ferner die Höhe der künftigen Beiträge, und als Anfang wird eine Berechnung beigegeben über den voraussichtlichen Fehlbetrag bei den Berufsvereinigungen der Unfallversicherung, wenn die Renten der Verletzten und ihrer Hinterbliebenen Kapitaldeckung finden sollen, und über das Anwachsen der Ausgaben für Entschädigungen bei der Unfallversicherung infolge des Umlageverfahrens.

— Die in Kassel vereinigten Vertreter sämtlicher Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten des Deutschen Reiches nahmen einstimmig folgende Erklärungen an:

1. Die in dem Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung von Arbeiter-Versicherungs-Gesetzen enthaltenen Bestimmungen, welche auf eine Veränderung in der Aufsichtsführung über die Versicherungs-Anstalten hinstellen, sind geeignet, das für die Durchführung der Versicherung bedeutungsvolle Selbstverwaltungsrecht und die Selbstständigkeit der Versicherungs-Anstalten zu vernichten.

2. Die geltenden Bestimmungen, wonach sich die Aufsicht lediglich auf die Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften beschränkt, und die bisherigen Aufsichts-Anstalten sind ausreichend, um eine wirksame Aufsicht über die Versicherungs-Anstalten zu führen.

3. Die in dem Entwurf vorgesehene Erweiterung der Befugnisse des Staatskommissars wird den Geschäftsgang bei den Versicherungs-Anstalten erschweren und verlangsamen. Die betreffenden Bestimmungen enthalten den Keim zu fortgesetzten Reibungen und Zwistigkeiten zwischen dem Staatskommissar und den Versicherungsanstalten. Das Institut des Staatskommissars ist entbehrlich.

4. Für Bildung von Sektionen bei den Versicherungsanstalten fehlt jede Veranlassung. Eine derartige Maßregel würde nur geeignet sein, die Durchführung der Versicherung zu erschweren und zu vertheuern.

— Der Gesetzentwurf über die Zwangsorganisation des Handwerks scheint, wie die „Volks-Zeitung“ annimmt, im Bundesrath auf großen Widerstand zu stoßen, und selbst die preussischen Mitglieder des Bundesraths sehen sich nicht mehr für ihn ein, nachdem die Organe fast aller Parteien dem Entwurf etwas am Zeug gestickt haben. Wie in einem offiziell benutzten süddeutschen Blatt nämlich behauptet wird, soll die Regierung auf die Erledigung des Entwurfs über die Errichtung von Handwerkerkammern durch den Reichstag bestehen. Sind aber einmal die Handwerkerkammern da, wozu dann noch das Innungsbrüderbium? —

Die Muder-Organisationen machen immer eifriger in Politik; unlängst sprach sich der Gustav Adolf-Verein gegen das allgemeine Wahlrecht aus, nun hat die 9. Haupt-Versammlung des evangelischen Bundes sich für den Widerstand gegen diejenigen Mächte ausgesprochen, die den inneren Frieden gefährden. Auf diese Organisationen wendet natürlich kein Politik- oder Staatsanwalt die Bestimmungen des Vereinsgesetzes über das Inverbindtreten politischer Vereine an.

Amüsant ist übrigens zu erwähnen, daß der famose evangelische Bund die Bekennertreue des heftigen Herrscherhauses besonders zu rühmen Veranlassung nahm. Ist den frommen und sozialistischeren Herren denn ganz unbekannt, daß zwei Schwestern des regierenden Großherzogs von Hessen zur griechischen Kirche übergetreten sind?

Die Anregung zur Beschleunigung des Zwangs-Zunungsgesetzes soll nach einer Versicherung der „Deutschen Tages-Zeitung“ vom Kaiser selbst ausgegangen sein.

Nach Dr. Barklin wird dem nationalliberalen Parteitag fernbleiben. Wenn die Absagen so weiter gehen, werden die dem Bunde der Landwirthe affiliirten Nationalliberalen auf dem Parteitag ganz unter sich sein.

Die Verbesserung des Dänenwesens in Preußen soll nach einer in Regierungsblättern enthaltenen Mitteilung durch einen Gesetzentwurf, der dem nächsten Landtag zugehen würde, in Angriff genommen werden. Die Festlegung der Meeresküsten, die in Preußen einen Umfang von im ganzen 40 000 Fektar haben, ist ein äußerst schwieriges Werk. Bisher sind auf diesem Gebiet die allgemeine Bauverwaltung, die landwirtschaftliche und die Forstverwaltung thätig gewesen. Mit dem Staatsjahre 1896/97 ist eine Aenderung dahin eingetreten, daß das Dänenwesen der Nordseeküste, wo es sich nur um Festlegung handelt, eine Aufforderung aber nicht in Frage kommen kann, von der landwirtschaftlichen Verwaltung ganz an die allgemeine Bauverwaltung abgegeben worden ist. Die Binnenküsten an der Ostsee, deren Aufklärung angestrebt werden muß, stehen zum Theil gleichfalls unter der Bauverwaltung, zum Theil von Alters her unter der Forstverwaltung. Da, wo dies nicht der Fall war, ist die landwirtschaftliche Verwaltung eingetreten und hat umfassende Bedungs- und Aufklarungsarbeiten ausgeführt. Im ganzen sind aus Mitteln der landwirtschaftlichen Verwaltung rund 2000 Fektar gedeckt und 3200 Fektar aufgeforscht worden. Hierfür, sowie zu den umfangreichen und kostspieligen Nachbesserungs- und Ergänzungsarbeiten, sowie für Ausfüllung von Dünenlücken sind über 2 Millionen Mark aus der Staatskasse angewendet worden. Die wichtigsten Unternehmungen der drei auf diesem Gebiete thätigen Verwaltungen entspringen auf die ländliche und städtische Verwaltung und die Halbinsel Jela. Auf der ländlichen Verwaltung hängt zur Zeit der Fortbestand zweier Ortschaften, Priel und Prielweil, davon ab, daß die dieselben bedrohenden Sanddünen beseitigt werden, ähnlich wie dies bei den Ortschaften Ridden und Nassitten gelungen ist. Nach den hier gewonnenen Erfahrungen und nach den neuerdings gemachten Fortschritten in der Aufklärungsmethode soll es möglich sein, das schwierige Werk in absehbarer Zeit durchzuführen, wenn ausreichende Mittel dazu verwendet werden können.

Wenn nur der Militärischismus nicht vorzeitig die erforderlichen Gelder fortschnappt!

Köln, 29. September. (Rhein. Ztg.) Eine Neuerung im polizeilichen Meldewesen ist zu verzeichnen. Aus dem diesjährigen Tage ein aus dem zweiten Polizeidistrikt herrührender Abmeldebescheid auf Gesicht. Derselbe lautete auf einen von hier nach Elberfeld verzogenen Glasergesellen, war ausgestellt am 25. September und trug die mit besonderer Deutlichkeit sich über das ganze Blatt erstreckende Bemerkung: Sozialdemokrat S. Nr. 8834 IV. Wir bemerken, daß es sich um einen Abmeldebescheid (grün) handelt, der von dem Bezugsbesitzer bei dem Kommissariat abgegeben und von diesem den städtischen Verwaltungsbehörden übermittelte wird. Die Art, die politische Richtung der Einwohner polizeilich zu registriren, ist, wie uns von kundiger Seite versichert wird, für Köln ein Novum. Eine Rubrik für diese Kennzeichnung ist auf dem Meldebescheid nicht vorgesehen; was veranlaßt also die Polizei, den Schein eigenmächtig mit einer solchen Bemerkung zu versehen? Geschieht es zum besseren Fortkommen des betreffenden? U. A. u. g.

Mheyt, 28. September. (Köln. W. Z.) „Der Polizeiwachmeister Fischer und der Schuhmann Dauer von hier, welche von der Strafkammer zu Düsseldorf wegen Mißhandlung eines festgenommenen Schreibergesellen zu fünf bezw. drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden waren, sind unter Erlass der Gerichtskosten begnadigt worden. Bürgermeister Dr. Strauß, welcher das Gnadengesuch eingereicht und befristet hatte, bezeichnete seinerzeit in der Stadtverordneten-Sitzung das Urtheil als schwer und hart und meinte, die Beamten seien durch die Amtsenthebung „ohnehin übel daran“.

Jwickau, 29. September. (Sig. Ber.) In Gersdorf bei Hohenstein wurde in der letzten Sitzung des Militärvereins I über den Antrag des Ausschusses derjenigen Mitglieder verhandelt, welche dem Produkten-Vertheilungs-Verein I angehören. Es kam aber anders, wie es das Präsidium, an dessen Spitze der Bergarbeiter Leuchert steht, erwartet haben mochte, denn um der Gefahr des Ausschlusses für immer zu entgehen, wurde mit großer Majorität beschlossen, aus dem Militärvereinbunde auszutreten. Der Vorsitzende drohte, seinen Posten niederzulegen. Er kann gehen, es wird ihm keine Thräne nachgeweiht.

Fuchsmühl in Altsch. Die „Münchener Post“ schreibt: „Die Schierelei des Igl. Jagdausschusses Baumgartner aus Blumen pflückende Kinder in dem Walde bei Altsch, bei der — es ist seitdem ca. 1/2 Jahr verfloßen — zwei Knaben nicht unbedeutlich verwundet wurden, hat bis jetzt noch keine Sühne gefunden. Das und von unserem Berichterstatter seinerzeit übergebene corpus delicti, die zerbrochene blutige Lederhose des bei dieser Affäre verwundeten Knaben Johann Schreck liegt noch auf unserer Redaktion. Dem bei uns betrefsend der Sache anfragenden Vater eines der verletzten Knaben haben wir mitgetheilt, daß vom 1. Oktober ab eine dritte Strafkammer in Funktion treten werde, und daß seine Meinung, der Herr Staatsanwalt habe den Fall vergessen, eine ganz irrige sei, da wir das gute Gedächtniß der Herren Staatsanwälte aus eigener Erfahrung kennen.“

Die Untersuchung in Sachen Peters nimmt ihren Fortgang. Wie es heißt, ist nunmehr der Aufenthalt des Bischofs Tucker ermittelt worden, an den Peters den famosen Brief geschrieben haben soll. Er hält sich gegenwärtig in Sanftbar auf, und seine Vernehmung dürfte inzwischen bereits erfolgt sein. Ebenso ist es gelungen, den Aufenthalt der übrigen noch ausstehenden Zeugen zu ermitteln, so daß der Abschluß des Ermittlungsverfahrens in Kürze bevorsteht.

Oesterreich. Prag, 29. September. Der heute hier tagende Kongreß junger evangelischer Reichsräthe und Landtags-Abgeordneter Böhmens und Mährens nahm einen Beschlusshantrag an, der Regierung entschiedene Opposition zu machen und darauf zu dringen, daß Neuwahlen für den Reichsrath auf Grund der neuen Wahlordnung unverzüglich ausgeschrieben werden; ferner wurde beschlossen, sich bis dahin der Durchführung des Ausgleichs auf das entschiedenste zu widersetzen.

Ungarn. Budapest, 30. September. Magnatenhaus. Baron Josef Wecsey interpellirte die Regierung mit der Frage, ob sie

gedenke, den Reichstag vorzeitig aufzulösen. Ministerpräsident Baron Banffy antwortete: die Regierung habe in der That die Absicht, den Reichstag demnächst aufzulösen (Bewegung), beziehungsweise eine darauf bezügliche Entschliebung des Monarchen zu erbitten. Daher werde auch das Magnatenhaus in dieser Tagung vielleicht keine meritorische Sitzung mehr halten. Das Haus nahm die Antwort zur Kenntniß.

Baron Josef Wecsey richtete an den Minister des Innern die Anfrage, wie er die Anwendung von Militär und Gendarmerie mit dem Wahlgesetze und dem Prinzip der Freiheit der Wahlen in Einklang zu bringen gedenke. Minister Perczel erwiderte, er werde sich dem Gesetze gemäß vorgehen und die bewaffnete Macht nur im äußersten Nothfalle, wo es die persönliche Sicherheit der Wähler erfordern sollte, einschreiten lassen. Die Mehrheit des Hauses nahm die Antwort nicht zur Kenntniß, die Antwort wird daher demnächst zur Verhandlung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Schweiz. Das Bezirksgericht in Zürich verurtheilte 22 Theilnehmer an den Staliener-Krawallen zu vier- bis sechsmonatlichem Gefängnis und Geldbuße.

Frankreich. Paris, 30. September. Die meisten Blätter halten die Lage auf Madagaskar für ausnehmend ernst und glauben, man werde neue Verstärkungen schicken und abermalige Kreditforderungen bewilligen müssen.

Paris, 30. September. Die „Politique coloniale“ meldet, die französische Regierung werde eine Anleihe von 25 Millionen Franks für den französischen Sudan aufnehmen. Diese Kolonie kostet Frankreich jährlich drei Millionen und produziert nur für 300 000 Fr.

Spanien. Madrid, 29. September. Eine amtliche Depesche aus Manila erklärt gegenüber anderslautenden Nachrichten der Blätter, daß die Zahl der Aufständischen kaum 10 000 übersteige. Bisher dies es in den offiziellen Depeschen stets, daß die Zahl der Aufständischen höchstens 5000 sei. Die Zahl der ermordeeten Mönche beträgt 14. Die Verurtheilungen aus Mindanao sind eingetroffen. 4 Aufhänger wurden erschossen.

Rußland. Ein klassisches Beispiel russischer Beamtenwirtschaft schildert in der „Rössischen Zeitung“ ein Reisender folgendermaßen: Man schläft auch bei solchen Behörden, auf deren prompte Dienstführung das Publikum besonders angewiesen ist. Ich hatte einen reformirten Beamten Brief aufzugeben und begab mich, höflich den Hut in der Hand — denn so ist es bei Strafe die Sitte im heiligen Rußland — in den saalartigen Schalteraum der Post. Drei thürbreite Schalter standen weit geöffnet, aber kein Beamter darinnen. Ich wartete und wartete; endlich ließ sich einer erblicken, der aber das nur aus vier Personen bestehende Publikum auf- und abgehend bloß musterte. Später erschien ein zweiter, der die Adresse meines Briefes las und deutsch sagte, ich müsse noch warten, bis der zuständige Beamte käme. Dieser erschien denn auch nach Verlauf einiger Zeit, nahm mir würdevoll meinen Brief ab, prüfte ihn mit Bedacht nach Verschlus und Gewicht und bedeutete mir, daß an der Frankatur eine Zehnropfenmarke fehle, die ich am Nebenschalter bekommen könnte. Da indes hinter diesem ebenfalls der Beamte schloß, mußte ich auch hier warten. Endlich stand meiner Abfertigung nichts mehr entgegen, aber ich hatte doch rund 25 Minuten zu dieser schwierigen Operation verwenden müssen. Eine andere Unzuträglichkeit begegnete mir auf zwei Telegraphenämtern, wo es den Kassen „zufällig“ an dem nöthigen Kleingeld fehlte, und ich auf je einen entrichteten Rubel die mir zuzehenden Restropfen im Etische lassen mußte. Der Geldpostverkehr ist in Rußland besonderen Willkürlichkeiten unterworfen; die Inhaltsdeklaration auf dem Umschlag des Briefes genügt an sich nicht; dieser muß den Beamten offen überreicht werden, der das ihm lose übergebene Geld persönlich hineinrächt und dann den Umschlag schließt.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Zur wirksamen Agitation für die sozialdemokratische Arbeiterinnenbewegung wird die Buchhandlung Vorwärts die in den letzten großen Frauenversammlungen zu Berlin gehaltenen vortrefflichen Referate in Broschürenform herauszugeben. Dieselben erscheinen Ende nächster Woche unter dem Titel: „Frauenfrage und Sozialdemokratie“ von Lily Braun und „Sittlichkeit, Prostitution und Frauenfrage“ von Klara Zetkin. Um den Reden die weiteste Verbreitungsmöglichkeit zu geben, wird der Preis aufs niedrigste bemessen werden.

Aus Spandau. Am vorigen Donnerstag sprach Genosse Lieblin in dem großen Saale zu Pichelsdorf über die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage und referirte dann ausführlich über den Londoner Arbeiterkongreß, wobei er der englischen Arbeiterbewegung besondere Aufmerksamkeit schenkte. Trotz des selbst für dieses Jahr ungewöhnlich schlechten Wetters war der mehr als eine halbe Stunde von der Stadt entfernte Saal vollständig gefüllt. Die Versammlung, welche ihre Zustimmung zu dem Vertrag lebhaft bekundete, legte Zeugniß ab für den Eifer und die Begeisterung der Spandauer Genossen. Gegner, obgleich ziemlich zahlreich vertreten, meldeten sich nicht zum Wort.

Von der Agitation. In Spenge bei Wiesfeld, wo noch vor wenigen Jahren unter der Leitung des Pastors J. Straut die Sozialdemokraten thätlich inaktiv wurden, erklärte dieser Tage eine von unseren Wiesfelder Genossen einberufene Volkversammlung, wo Reichstags-Abgeordneter Herbert aus Stettin gesprochen hatte, sich mit dessen Ausführungen einverstanden und bekundete ihre Bereitwilligkeit, für unsere Partei unabhänglich zu wirken. So ist die Sozialdemokratie jetzt in Spenge oben auf, während Pastor Straut in Westfalen selbst bei seinen Klammgenossen abgethan ist.

Bei einer Agitationstour, die von Düsseldorf Genossen kürzlich auf dem Lande unternommen wurde, konstatirten die Gendarmen alles Material, dessen sie habhaft werden konnten. Auf das Unberechtigte dieser Maßnahme aufmerksam gemacht, beriefen sie sich, wie die „Niederheinische Volkszeitung“ mittheilt, auf eine in den letzten Tagen von „oben“ herab gekommene Verfügung, wonach von jetzt ab überhaupt keine Schriften ohne polizeiliche Erlaubniß verbreitet werden dürfen. Unsere Genossen haben hoffentlich Beschwerde eingelegt, damit festgestellt wird, wer denn eigentlich eine solche wunderbare Verfügung erlassen hat. Bemerkenswert sei noch, daß ungeachtet des Eifers der heiligen Herrmannab die Agitationstour selbstverständlich ihren Zweck erreicht hat: es wurden eine Menge sozialdemokratischer Schriften unter der Landbevölkerung vertheilt.

Um die Verbreitung des heftigen Volkskalenders zu verhindern, hat der Landrath des Kreises Krefeld kürzlich die Ortsbehörden aufgefordert, unsere Krefelder Genossen auf ihrer Agitationstour die Exemplare zu konfisziren. Das ist denn auch in einer Anzahl von Orten geschehen und hier und da that die Polizei ein übriges, indem sie die Verbreiter verhaftete. Um seiner Anordnung eine gesetzliche Grundlage zu geben, berief sich der Landrath auf den noch in Geltung befindlichen § 10 des preussischen Preßgesetzes vom 12. November 1851, wonach niemand ohne Erlaubniß der Ortspolizeibehörde Schriften an öffentlichen Orten verbreiten darf. Der Landrath unterstellte also, daß unsere Genossen die Kalender auf den

Straßen zu verbreiten würden, während sonst alle Welt weiß, daß die Verbreitung unserer Schriften stets in den Wohnungen, also nicht öffentlich erfolgt. Will sich der Landrath des Kreises Krefeld etwa die Gespögenheiten des früheren kurfürstlichen Regimes zum Muster nehmen?

Die Redaktion der „Rössischen Arbeiterstimme“ in Solingen erklärt auf unsere Bemerkungen über den Scherzreiß: „Wenn wir unsererseits nach dem vom Vorstände und Aufsichtsrath der Genossenschafts-Buchdruckerei gefassten Beschlusse auch heute noch nicht in Erörterungen eintreten wollen, so können wir, um falschen Annahmen vorzubeugen, nicht umhin, zu erklären, daß den Differenzen weder die Entlassung eines Arbeiters noch überhaupt berechtigte oder unberechtigte Forderungen der Arbeiter zu grunde gelegen haben.“

Die „Leipziger Volkszeitung“, die bekanntlich aus dem „Wähler“, einem Kind des Sozialistengesetzes, hervorgegangen ist, feierte dieser Tage das Jubiläum ihres zweijährigen Bestehens. Sie hat während dieser Zeit die vom „Wähler“ übernommene Abonnentenzahl verdoppelt und zeigt somit, was von der Arbeiterpresse geleistet werden kann, wenn die Parteigenossen so, wie die Leipziger es gethan haben, die zur Herstellung eines wichtigen Blattes notwendigen redaktionellen Kräfte und finanziellen Mittel beschaffen, und für die Verbreitung des Blattes die notwendige Agitation planvoll entfalten. Mögen die Genossen anderer Städte sich an Leipzig ein Beispiel nehmen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. Wegen Deutscher-Beleidigung wurde der frühere verantwortliche Redakteur des „Volksblatt für Halle“, Genosse A. Weismann, vom Halle'schen Schöffengericht zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Der Gemeinderath des Dorfes Kehl in Baden hat das Gesuch unserer Genossen aus der Stadt Kehl, zur Abhaltung einer Volksversammlung mit Weibel als Referenten einen freien Platz an der Ringz herzugeben, abschlägig beschieden. Er hat, schreibt die Mannheimer „Volksstimme“, „damit nur im Sinne der Eisenlocherlei gehandelt, die in Beziehung auf Bekämpfung der „rothen Gefahr“ bald die vielgerühmte Polizeisache übertritt. Die Versammlung wird jetzt in Neumühl abgehalten.“ Und die „Frankfurter Zeitung“ fragt in demselben Sinne: „Will man im liberalen Musterlande das unschöne Beispiel Sachsens nachahmen? Wie begründet der Gemeinderath denn diese Ablehnung?“

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Schuhmacher Berlins dauert unverändert fort. Ausständig sind 827 Personen, darunter 210 verheirathete mit 248 Kindern. Von dem Streik sind betroffen die Firmen Pärchenheim u. Co. Andrastr. 82 und Grüner Weg 79; Silberberg u. Co. Or. Frankfurterstr. 87; Meißel, Schillingstr. 12; Schröder, Weinbergsweg 1; Breslauer u. Jahn, Alte Jakobstr. 95/96; Unger, Blumenstr. 70; Horst, Weinstraße 19; Guer, Linienstr. 7. In der mechanischen Schuhfabrik von Rosenthal u. Groß, Schöneberg, Frankfurterstr. 9, legten sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder, weil für die Fabrik von Pärchenheim u. Co. angefangene Waare fertig gestellt werden sollte. Wegen der langen Dauer des Streiks und der großen Zahl der Streikenden appelliren wir an die Arbeiter Deutschlands, uns in dem schweren Kampfe schnelle materielle Unterstützung zu theil werden zu lassen. Die Sendungen sind zu richten an die Berliner Gewerkschaftskommission (Adresse: H. Millarg im Gewerkschaftsbureau, Berlin SO., Annenstraße 16).

Die Agitations-Kommission der Schuhmacher Berlins.

Zur Berliner Buchbinder-Bewegung! Ausständig sind die Kollegen und Kolleginnen bei folgenden Firmen: Trautmann, Schönebergerstr. 4. Frensch, Wallstr. 11. Leo Simon, Spandauerstr. 72. Carl Mehl, Engel-Über 8. Bernhard Paul, Wilhelmstraße 22a. Bürgenstein, Friedrichstr. 240. Lewinsohn, Friedrichstr. 54. H. Weichert, Andrastr. 82. Zumberg u. Lesson, Alte Jakobstr. 64a. Aug. Reimann, Mauernstr. 53. Einbrodt u. Kalb, Alte Jakobstr. 86. H. Demuth, königliche Hofbuchbinder, Mohrenstraße 58. Gebrüder Bruner, Junferstr. 16. Müller, Charlottenburg, Berlinerstraße 123a. Gerh. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 82. Herm. Franz, Steglitzerstr. 7. Wilh. Schleising, Reichenbergerstr. 24.

Galanterie-Branche: Schmitz u. Voigt, Annenstr. 14. Zugug ist streng fernzuhalten!

Die Lohnkommission.

Die Forderungen der Buchbinder Hamburg-Altona's sind: Neunstündige Arbeitszeit (ohne Verkürzung des seitherigen Lohnes); ein Minimallohn für männliche Arbeiter von 21.— M., für weibliche Arbeiter von 12.— M., für Lehrlingmädchen von 9.— M.; für Aushilfe pro Tag 4.— M.; Bezahlung der gesetzlichen, sowie der vom Geschäft angeordneten Feiertage; mögliche Beschränkung der Ueberzeit, Sonntags- und Akkordarbeit; wo solche unumgänglich notwendig, nach dem von der Lohnkommission aufgestellten Akkordtarif; für Ueberzeitarbeit die ersten zwei Stunden 25 pCt., für die weiteren Stunden und Sonntagsarbeit 50 pCt. Zuschlag; die Zugehörigkeit zum Verbands darf nicht Grund zur Entlassung sein; Anerkennung des Arbeitsnachweises der Mitgliedschaft Hamburg; diese Forderungen treten am 15. Oktober 1898 in Kraft.

Bis zum Sonntag, 4. Oktober, sollen die Prinzipale sich darüber äußern, ob sie diese Forderungen anerkennen wollen oder nicht und welche Aenderungen sie event. wünschen. Verschiedene Firmen haben die Forderungen bereits anerkannt.

Der Streik der Korndrucker in Hamburg-Altona ist beendet. Eine Versammlung der Arbeiter hat am Dienstag ihre Zustimmung dazu erteilt, daß die jetzt noch im Hafen liegenden Schiffe zu dem alten Lohnfahre entlassen werden. Für die neu ankommenden Schiffe ist der neue Tarif maßgebend, 50 Pf. pro Tonne, einzeln oder gemischt oder einfache Ladung. Nur ein Stauerhaus (Zwischenunternehmer) hat sich dieser Vereinbarung nicht angeschlossen, und über sein Geschäft ist dann von der Versammlung die Sperre verhängt worden.

In Köln hat die Zeitung der Kölnischen Baumwollspinnerei nun doch noch das bessere Theil erwählt, indem sie sich bereit erklärte, über die Differenzen mit ihrem Personal das Gewerbegericht als Einigungsamt entscheiden zu lassen.

In Frankfurt a. M. hat der Streik der Schneider der Firma J. D. W. Lampe mit der Bewilligung sämtlicher Forderungen geendet. Alle an dem Ausstand theilhaftigen Arbeiter werden wieder eingestellt.

Aus Jwickau wird geschrieben: „Die hiesigen Einzelmitglieder des Buchdrucker-Verbandes sind der Anregung des Gauvorstandes, einen anderen Vertrauensmann an Stelle des ausgeschlossenen Kollegen J. Fischer zu ernennen, nachgekommen, und haben den ebenfalls der Opposition angehörigen Kollegen Krasser gewählt; das ist also wieder ein Protest gegen den Ausschluß J. Fischer's.“

Die Weber der mechanischen Weberei von Herm. Weber in Dölan bei Greiz stehen seit 27. September im Streik. Zugug ist umso mehr zu vermeiden, da in der Greizer Gegend ohnehin schon schlechter Geschäftsgang herrscht. Die Ursache des Streiks ist Lohnreduktion.

Die Wiener Werkstättenarbeiter der priv. österreichisch-ungarischen Staatsbahn sind von ihrem früheren Beschluß, nicht zu streiken, aus dem Grunde abgekommen, weil die Generaldirektion die Prager Arbeiter in Wien herbeiführen lassen wollte, wodurch die streikenden Prager natürlich geschädigt worden wären. Es wurde daher in Wien einstimmig beschlossen, gleichfalls die Arbeit niederzulegen und die Forderungen zu stellen, die von der Generaldirektion schon zugestanden, aber noch nicht durchgeführt sind. Der Generaldirektion wurde eine Denkschrift überhandt, worin die Durchführung der Lohn- und Arbeitsregulierung innerhalb Monatsfrist, eine Garantie für die bereits bewilligte Lohnaufbesserung und Ausschluß der Maßregelung irgend eines der Streikenden verlangt wird. Im Falle der Bewilligung dieser Forderungen erklären die Arbeiter in Wien sowohl wie in Prag sich zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit.

Aus Schottland. Zu Gunsten einer Lohnbewegung, die durch das Steigen der Kohlenpreise und die starke Nachfrage nach Kohlen mit hervorgerufen wird, wurde am 17. September wieder eine von circa 15 000 Bergarbeitern in Szene gesetzte Demonstration in Lanarkshire abgehalten. Beschlossen wurde, solange die geforderte Lohnhöhe nicht gewährt wird, wöchentlich nur 4 Tage zu arbeiten. Die schottischen Grubenbesitzer wollen durchaus nicht mit sich reden lassen, wo aber die Organisation der Bergarbeiter stark ist, müssen sie sich schon die kurze Arbeitszeit gefallen lassen, wenn sie sich nicht entschließen, die Löhne aufzubessern.

Soziales.

Der Verein deutscher Wollkämmerer und Kammgarnspinner hat, wie die „Frankf. Ztg.“ mitteilt, die Frage der Betriebseinschränkung beraten. Nachdem die einzelnen Kammgarnspinner schon vielfach den Betrieb eingeschränkt hatten, solle die Betriebseinschränkung jetzt allgemein „erregelt“ werden. Da wegen der jetzt in vielen Gewerben günstigen Konjunktur der Konsum an Kleiderstoffen sicher nicht zurückgegangen, sondern wahrscheinlich beträchtlich gestiegen ist, die Herren Tuchfabrikanten, beziehentlich die Wollgesellschaften notorisch nicht weniger als am Hungertuch nagen, so handelt es sich um weiter nichts, als um einen Akt des Profitbürgers; man will die Zeit der größeren Nachfrage nach Kleiderstoffen benutzen, um den Baarenpreis durch Einschränkung der Produktion so hoch wie menschenmöglich zu steigern. Einschränkung der Produktion bedeutet aber Arbeiterentlassungen oder Verminderung des Verdienstes der Arbeiter, in beiden Fällen Vernehrung des ohnehin riesigen sozialen Elends, zugleich aber auch Verstärkung der Erkenntnis, daß die herrschende Wirtschaftsordnung, der Kapitalismus, einer anderen, der sozialistischen Produktion weichen muß, wenn die Kulturmenschen nicht zu Grunde gehen soll. So arbeitet die bürgerliche Gesellschaft selbst an ihrem Untergang.

Soziale Rechtspflege.

Ein interessanter Rechtsstreit ist jetzt vor dem Reichs-Versicherungsamt zu Ende geführt worden. Als der Bierfahrer Göhrig am 14. Februar 1895 für einen Charlottenburger Restaurateur Bier abladen wollte, sprang dessen Hund auf ihn zu und zerfleischte ihm das Gesicht. Göhrig wurde in der Unfallstation IV in Berlin in Behandlung genommen, wo er dann am 1. März an der Influenza verstarb. Seine Witwe wurde demnach mit ihrem Antrage auf eine Invalidenrente von der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft abgewiesen. Diese fand weder an dem Umstande die Merkmale eines Betriebsunfalles, noch glaubte sie der Klägerin, daß die Verletzung ihres Mannes in der Unfallstation die Erkrankung an der Influenza und demzufolge seinen Tod verschuldet habe. Frau Göhrig legte darauf beim Schiedsgericht Berufung ein, wurde aber auch hier zurückgewiesen. Nunmehr meldete sie beim Reichs-Versicherungsamt den Rekurs an und machte folgendes geltend: Ihr Mann habe sich die Influenza in der Unfallstation geholt, deren Einrichtungen neben der ungeeigneten Behandlung an seinem Ableben schuld seien. Während des Fiebers habe er in einem kalten Zimmer an einem zugigen Durchgange liegen müssen und die Ärzte hätten sich um ihn nicht gekümmert. In der Nähe sei dazu noch das Telefon gewesen. Die Beklagte berief sich dagegen auf eine vom Schiedsgericht für glaubwürdig befundene Bescheinigung der Leiter der Unfallstation, wonach Göhrig einer über ganz Berlin verbreiteten generellen Influenza-Epidemie erlegen ist. Das Reichs-Versicherungsamt ließ sich darauf ein Gutachten vom Kreisphysikus Klein erhalten und holte schließlich noch ein Obergutachten des Professors Hürbringer ein. Letzterer sagte etwa folgendes: Es sei allerdings eine nicht ganz gewöhnliche Erscheinung, daß ein junger und sonst gesunder Mann an der Influenza zugrunde gehe; indessen komme es auch vor, daß ihr ganz gesunde Menschen erliegen, und zwar vornehmlich, wenn sich eine Lungenentzündung schnell dazu geselle. Erklärungen seien keine der wesentlichen Ursachen der Influenza und in geschlossenen Anstalten sei die Verbreitung der Epidemie nicht von vorheriger Erkrankung der Betroffenen abhängig. Ein direkter Zusammenhang zwischen der Verletzung durch den Hund und der Infektionskrankheit Influenza sei nicht vorhanden. Die Frage, ob etwa der Unfall vom 14. Februar 1895 unter Mitwirkung etwaiger Missethäter in der Unfallstation IV den Tod des Göhrig bewirkt hätte, könne nur dahin beantwortet werden, daß eine Möglichkeit vorliege; die Anwesenheit der Möglichkeit komme aber einer Verneinung gleich. Das Reichs-Versicherungsamt unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsrates Dr. Sarrazin wies nunmehr den Anspruch der Klägerin ebenfalls ab.

Versammlungen.

Eine Volksversammlung, behufs Wahl von weiblichen Delegierten zum Parteitag einberufen, tagte am Dienstag in den Annahallen und war überwiegend von Frauen besucht. Frau Lily Braun referierte über die Bedeutung des Parteitages für die Frauen. Während die bürgerlichen Frauen — so äußerte sich die Rednerin — nach Erschließung der bisher den Männern vorbehaltenen Berufe streben, sind die Frauen und Mädchen den Proletariats, durch die Noth gezwungen, längst in alle möglichen Berufsweige eingedrungen. Sie verrichten schwere und mühselige Arbeit in Fabriken und Werkstätten, in Bergwerken und Steinbrüchen, um sich ihr armseliges Stücker Brot zu erwerben. Das Eindringen der Frauen in die industrielle Berufsarbeit ist freilich kein Glück für die Proletarierinnen. Ihre Nothlage wird von den Kapitalisten dazu benutzt, um sie in noch höherem Grade, wie die Männer, auszubeuten. Diesem Elend zu steuern, giebt es nur ein Mittel: ernstes Zusammenhalten und gemeinsames Kämpfen der Frauen und Männer des Proletariats. Die bürgerlichen Frauen finden in ihren Bestrebungen nicht einmal bei den bürgerlichen Parteien einen genügenden Rückhalt. Hinter den proletarischen Frauen steht dagegen eine große und starke Partei: die Sozialdemokratie. Sie erkennt die Frauen als gleichberechtigte Bürgerinnen an. Sache der Frauen ist es nun, diesen Platz auszufüllen, indem sie Schulter an Schulter mit dem Manne für ihre endliche Befreiung kämpfen. Der diesjährige Parteitag hat für die Frauen ein ganz besonderes Interesse, da auch die Frauenagitation auf der Tagesordnung steht. Wenn es auch in der Sozialdemokratie keinen Unterschied zwischen Männerrecht und Frauenrecht giebt, und jeder Sozialdemokrat, indem er für die Ziele seiner Partei kämpft, auch gleichzeitig für die Frauenrechte eintritt, so können doch nur die Frauen am besten wissen, was im Interesse ihrer

Geschlechtsgenossen zu thun ist. Dabei ist es gerathen, auch weibliche Delegierte nach dem Parteitag zu entsenden. Es wird sich darum handeln, Mittel und Wege zu finden, wie eine erfolgreiche Agitation unter den Frauen entfaltet werden kann; dieselbe bietet ganz besondere Schwierigkeiten. Nicht nur die Fesseln des sogenannten Vereinsrechtes hemmen uns hier, sondern auch die Arbeitslast der Frauen, die neben der Berufstätigkeit noch die häusliche Arbeit zu verrichten haben, wodurch ihnen weder Zeit noch Interesse bleibt, sich um unsere Bestrebungen zu kümmern. Zunächst gilt es, die Frauen gemeinschaftlich zu organisieren; nicht, damit sie kleine Reformen durchführen und sich dabei beruhigen, sondern in der Erkenntnis, daß das, was man auf gewerkschaftlichem Gebiete erreichen kann, nur Stufen sind, die uns zu einem höheren Ziele führen. Wichtiger aber ist die politische Agitation, welche die Aufgabe hat, die Frauen aufzuklären nicht nur über die Ziele der Sozialdemokratie, sondern auch über die Bestrebungen der anderen Parteien, damit sich die Proletarierinnen nicht bestechen lassen durch die Wohlthätigkeitsbestrebungen der bürgerlichen Damen, sondern zu der Erkenntnis kommen, daß nicht kleinliche Reformen ihnen helfen können, sondern daß eine Befreiung des Proletariats aus den Banden des Kapitalismus nur möglich ist durch den Sozialismus.

Zur Debatte über die Wahl von Delegierten bemerkte Frau Hoffmann: Da in Berlin bei den Wahlen zum Parteitag keine Frau gewählt worden sei, müssen die Frauen von ihrem Recht Gebrauch machen, um in einer eigenen Versammlung weibliche Delegierte wählen. Frau Lutz meinte, wenn auch die Männer die Frauen zurückgekehrt hätten, so wolle man deswegen nicht in den Schmolzwinkel gehen, sondern selber wählen. Frau Wengels hielt eine weitere Debatte für überflüssig und wünscht, daß die Wahl vorgenommen werde. Frau Schädlisch: Wir sind auch diesmal von den Männern wieder über den Haufen barbiert worden. Das wundere uns zwar nicht, aber ein solches Verfahren verstößt gegen die Grundsätze des Programms. Frau Kubela glaubt, daß nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen schuld sind, daß keine Frauen gewählt wurden. Es sei nötig, erst eine gesunde Frauenorganisation zu schaffen. Eine solche bestiehe gegenwärtig nicht, und weil die Männer das eingesehen haben, hätten sie keine Frauen gewählt. Wenn die Delegierten vom Parteitag zurückkommen, sollten sie dafür sorgen, daß ein ewiger Friede in der Arbeiterinnenbewegung herrsche.

Als Kandidatinnen wurden vorgeschlagen Frau Baader, Frau Greiffenberg, Frau Braun, Frau Zettin, Frau Rohlfach und Frau Jhrer. Frau Braun lehnte ab, weil sie noch zu jung in der sozialdemokratischen Bewegung sei und Frau Zettin, weil sie als Referentin auf den Parteitag gehe. Die Vorstehende, Frau Hoffmann, warf die Frage auf, ob auch die Männer in dieser Versammlung das Stimmrecht haben. Dasselbe wurde ihnen zugestanden, nachdem Frau Wengels dies als für eine Volksversammlung selbstverständlich erklärt hatte. Gewählt wurden Fräulein Ottilie Baader und Frau Greiffenberg.

Darauf erstattete Frau Reuschner Bericht über die Revision in der Angelegenheit des aufgelösten Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins. Sie könne hierüber eigentlich nichts sagen, da die Kassirerin Gallien sich beharrlich vor der Revision geweigert und auch die Kassensbücher verbrannt habe. Frau Lutz behandelte, sie habe sich seimezeit überzeugt, daß die Kassensführung der Frau Gallien eine durchaus ordnungsgemäße war, und daß diese einen Betrag von nur 9,85 Mark, der als Rest verblieben, in Händen haben könne, den sie jedenfalls zur Verfügung stellen werde. Frau Fahrwald erklärte, daß Frau Gallien auf Anraten von Genossen und zwar aus vereinsgesetzlichen Gründen die Revision verweigert und auf ihren Rath die Bücher und Belege, nachdem sich herausgestellt, daß alles in Ordnung sei, verbrannt habe. Den unliebsamen persönlichen Erörterungen, welche die Debatte hervorrief, wurde durch das besonnene Eingreifen von Frau Zettin ein Ende gemacht und auf deren Rath diese Angelegenheit für erledigt erklärt.

In einer Versammlung der in der Gasanstalt III (Müllerstraße) beschäftigten Arbeiter, die am Dienstag in Meyer's Salon tagte und sehr gut besucht war, referierte Genosse Bruno Börsch über die Ursachen des gegenwärtigen Zustandes der Arbeiter in den Gasanstalten. Der Redner, der an der Hand eines reichhaltigen Materials die Arbeitsverhältnisse in den Gasanstalten schilderte und das gesundheitschädliche der langen Arbeitszeit, besonders wenn sie von Umständen begleitet ist, wie dies in den Gasanstalten der Fall ist, nachwies, präzisirte die von den betreffenden Arbeitern gestellten Forderungen, die nach jeder Richtung hin gerechtfertigt sind und eigentlich die Bewilligung als selbstverständlich vorausgesetzt werden müsse. Weder technische Schwierigkeiten, wie behauptet wird, noch andere Gründe könnten die Veranlassung sein, diese so geringfügigen Forderungen, wenn man nur den guten Willen dazu besitzt, abzulehnen. Um dem Vorgehen der betreffenden Arbeiter Nachdruck zu verleihen, schlägt der Redner der Versammlung vor, sich mit ihren Kollegen solidarisch zu erklären, um das Atratorium zur Stellungnahme zu veranlassen und die Forderungen zu bewilligen. Gleichzeitig rief der Redner, gegen die plötzliche in Szene gesetzte Ausperrung, die überall Erbitterung hervorgerufen habe, mit aller Entschiedenheit zu protestieren und die Wiedereinstellung der gesamten Arbeiter zu verlangen. Lebhafter Beifall folgte den mit der größten Aufmerksamkeit angehört und nur durch Zustimmungsrufe wiederholt unterbrochenen Ausführungen. In der Diskussion, an der sich auch der Stadtverordnete Gleinert, der der Versammlung die Sympathie der sozialdemokratischen Stadtverordneten für die nur allzu berechtigten Forderungen zusicherte, und die Frau eines ausgeperrten Arbeiters betheiligte, die die Anwesenden zur Solidarität ermahnte, um die drohlos gemachten Arbeiter zu ihren Rechten zu verhelfen, wurden die Ausführungen des Referenten noch in mancher Beziehung ergänzt. Von mehreren Rednern wurde Klage geführt über die rigorose Behandlung der Arbeiter seitens der Unterbeamten, die häufig ihre able Raune gegen die Arbeiter zum Ausdruck bringen und nicht selten die Ursache der Entlassung sind, zumal die Angabe der Gründe für die Entlassung in diesen kommunalen Rasterbetrieben den betreffenden in den meisten Fällen nicht bekannt gegeben werden und demzufolge eine Verantwortung oder Mithaftung ausgeschlossen ist. Auf diese Art werden, wie behauptet wurde, hunderte von Arbeitern entlassen, ohne daß sie sich einer Schuld bewußt wären. Eingewiesen wurde von mehreren Rednern auf die verschiedenen sanitären Missethäter und andererseits behauptet, daß die sogenannten Ruhestunden fast garnicht innegehalten werden können, sobald nicht selten durch die überanstrengende Arbeit, die in der schlechten Atmosphäre und bei stetigem Temperaturwechsel verrichtet werden muß, die kräftigsten Männer vor Ermattung zusammenbrechen. Alle Redner hielten das Vorgehen der Ausständigen für richtig und erklärten, daß auch die Arbeiter der übrigen Gasanstalten geneigt sind, event. das letzte Mittel, den Streik, anzuwenden, um die Befreiung der Missethäter, die sehr leicht abzuschaffen sind, zu bewirken. Nach dieser regen Diskussion gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die Arbeiter der Gasanstalt III (Müllerstraße) protestieren gegen die Ausperrung ihrer Kollegen der Gasanstalt in der Donzigerstraße und verlangen ihre Wiedereinstellung. Sie verlangen ferner die Befreiung der 18stündigen Sonntagschicht und die Reduzirung derselben auf 12 Stunden und verlangen weiter die Einführung eines Arbeitsausschusses und eine 14tägige Kündigungsfrist.“ Nachdem noch zum Anschluß an die Organisation und zur Theilnahme an den Sammlungen, um die Ausständigen, die zum großen Theil Familienväter sind, in ausgiebigem Maße unterstützen zu können, aufgefordert worden war,

erfolgte der Schluß der Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

In der am Mittwoch stattgehabten gutbesuchten Versammlung, die im „Englischen Garten“ tagte, wurde beschlossen, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen und die Kollegen Penack, Jänich und Pridal als Vertreter gewählt. Die Genossen R. Millarg und H. Hagen sollen als Arbeitnehmer-Versäger fungieren.

Die Lohnkommission der Buchbinder erstattete am Dienstag in einer zahlreichen öffentlichen Versammlung Bericht über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung. Georg Schmidt führte aus: Die Frage vor der Lohnbewegung, welche Branchen in die Bewegung eintreten sollten und der Beschluß darauf, daß die Buchbinder, Kontobuch- und Kuruspapier-Arbeiter zunächst den Kampf beginnen sollten, hat sich in der Praxis so gestaltet, daß die Bewegung sich fast ausschließlich nur auf Buchbindereibetriebe erstreckte. In der Kontobuchbranche konnte im eigentlichen Sinne von einer Lohnbewegung nicht geredet werden, da in den meisten Betrieben zu den gestellten Bedingungen gearbeitet wird, und in den wenigen Ausnahmen, wo dies nicht geschieht, ohne vielen Widerstand seitens der Fabrikanten die Forderungen bewilligt wurden. In den Kuruspapier-Betrieben merkte man von einer Bewegung überhaupt nichts, jedenfalls werden die Buchbinder noch später mit den Steinbrüchern zusammen in eine Bewegung eintreten. Eine von Anfang an nicht unterschätzte Schwierigkeit bot das namentlich in Berlin stark vorhandene und sehr verdeckt laufende Kleinmeisterthum. Obgleich durch die Bewegung die Buchbinder in den entferntesten Winkel aufgerüttelt wurden, es ist doch nicht zu verkennen, daß leider viele Buchbinder bei den Kleinmeistern nicht den Muth gehabt haben, Forderungen zu stellen, sondern zu den alten niedrigen Löhnen und der langen Arbeitszeit weiter arbeiten. Die Hauptforderung, die neunstündige Arbeitszeit wurde in den im „Vorwärts“ bereits genannten Werkstätten ohne großen Widerstand seitens der Unternehmer durchgedrückt; selbst viele Kleinmeister wurden gezwungen, die Arbeitszeit von 10 Stunden auf die verlangten 9 Stunden zu verringern. Den Arbeitern ist lobend anzuerkennen, daß sie mit Zähigkeit an dieser Forderung festgehalten haben und zur strikten Durchführung derselben, sei es auch nur um eine Viertelstunde wie bei Sittenfeld, in den Ausnahmefällen. Neulich ist es mit dem Minimallohn von 21 M., auch dieser wurde errungen, wenn auch einige Fabrikanten erklärten, sie müssen Arbeiter entlassen, da sie den beanspruchten Lohn nicht verdienen. Allerdings trifft hier die Schuld die Kleinmeister, welche bei ihrer Lehrlingszucht die Leute so ungenügend ausbilden, daß sie später als Gehilfen nicht leistungsfähig sind. Die Bewilligung des Tarifs machte hier und da Schwierigkeiten. Es ist dies erklärlich, da es keine leichte Aufgabe ist, bei der Verschiedenheit der maschinellen Einrichtungen etwas Einheitsliches zu schaffen. Die Lohnkommission beabsichtigt nach dem Streik eine Revision vorzunehmen. Auch der Prozentzuschlag für die Ueberzeitarbeit wurde erzielt. Die Forderung wird aber meist von den Arbeitern gewünscht Erfolg haben, die Ueberstunden gänzlich zu beseitigen. Auch die Bewilligung der Feiertage für die Lohnarbeit wurde nach vielen Sträuben seitens der Fabrikanten in den meisten Werkstätten durchgeführt. Redner machte sodann einige interessante Mittheilungen über Verhandlungen der Lohnkommission mit den Prinzipalpalen, zugleich die Qualität der Streikbescherleuzeichnend. Die Bewegung hat jetzt eine neue Wendung bekommen, indem sich die Galanterie-Werkstätten derselben angeschlossen haben. Die Unternehmer dieser Branche haben eine Vereinigung gebildet und sich verpflichtet, mit der Lohnkommission nicht zu verhandeln; die weiteren, die Feiertage und die Prozentzuschläge für die Ueberzeitarbeit nicht zu bezahlen. Die größte Werkstätte Uebach bewilligte dem Personale sogleich die neunstündige Arbeitszeit und nachträglich auch noch die geforderten 8 pCt. Zuschlag für Akkordarbeit. Die Feiertage wollte der Chef nicht bezahlen und als die Arbeiter erklärten, damit nicht einverstanden zu sein, verpflichtete sich der Chef, am Mittwoch Nachricht zu kommen zu lassen, wenn er sich am Tage vorher von der Fabrikantenvereinigung die Ausnahme für sich eingeholt habe, seinem Personal das Verlangte zu bewilligen.

Allerhand Gerüchte von der Bildung von Unternehmervereinigungen durchschwirren die Luft, auch die Buchbindermeister wollen eine solche bilden, um Änderungen an den Bewilligungen vorzunehmen. Vorläufig haben diese aber noch keine festen Formen angenommen und wenn es den Herren gelüftet, nochmals ein Längchen zu wagen, wir spielen dazu auf. (Bravo.) Der Verlauf der Bewegung ist im allgemeinen ein guter, alle namhaften und bedeutenden Firmen haben bewilligt. Ein Hauptaugenmerk bittet der Referent darauf zu richten, daß Bürgersinn seine Arbeiten nicht anderweitig anfertigen läßt, um auch diesen reichen Druckereibesitzer zu zwingen, die Forderungen anzuerkennen. Der königl. Hof-Buchbindermeister Demuth steht noch immer auf der Streikliste, auch sei es bedauerlich, daß im kaiserlichen Patentamt die Buchbinder bei Löhnen von 18 M. gezwungen wurden, die Arbeit niederzulegen; wenn auch die Buchbinderarbeit dem Buchbindermeister Bernhard Paul übertragen sei, so hätte man doch von anderer Seite darauf dringen können, daß den Buchbindern die 21 Mark gezahlt würden, da doch sicher feststeht, daß die dort beschäftigten Beamten etwas höhere Löhne beziehen. Redner schließt mit dem Wunsche, daß auch den Leipziger Kollegen der Sieg sicher sein möge. Hossman n erinnert daran, daß nur durch die Organisation die Bewegung möglich war und die Vortheile, welche die Kollegen errungen haben, nur dieser zu verdanken sei und somit jeder die Verpflichtung habe, der Organisation beizutreten. Sailer weist darauf hin, daß die Arbeiter erst recht die Nothwendigkeit einsehen müßten, sich zu organisieren, wenn sie hören, wie auch jetzt bei den Buchbindern die Unternehmer sich zu Vereinigungen zusammenthun. Im übrigen hält er es für unangebracht, wenn der „Vorwärts“ und die „Sächs. Arbeiterzeitung“ über die Zweckmäßigkeit zur Einbringung eines Gesetzentwurfes für den Achtstundentag streiten. Wenn die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung so fortgeht, werden die Gewerkschaften eher dazu kommen, als die Gesetzgebung. Darauf wurden die Namen der Streikbrecher veröffentlicht und die Versammlung mit einem Hoch auf den guten Verlauf der Bewegung geschlossen. — Bewilligt haben bis jetzt 102 Firmen, darunter 2 Galanterie-Werkstätten: Urbach u. Co. und Stephan u. Stengert.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Dänkirchen, 30. September. (B. Z. B.) Der französische Dampfer „Marie“ brachte die gesammte Mannschaft des deutschen Dampfers „Sagn“ an Bord. Diefelbe hatte das Schiff, das ein Leck erhalten, in der Nähe von Ouessant verlassen müssen.

Brüg, 30. September. (B. Z. B.) Die Nacht verlief im hiesigen Bergwerksbezirk ohne Störung. Die Ansahrt der heutigen Tageschichten unterblieb aus drei Schächten in Kopig, Brüg und Triebficht, auf allen übrigen Werken war der Betrieb nahezu normal.

London, 30. September. (B. Z. B.) In einer Versammlung der Dockarbeiter erklärte der Abgeordnete Wilson, daß ein allgemeiner Dockarbeiterstreik unvermeidlich sei und nahe bevorstehe. Der Hamburger Streik der Hafensarbeiter sei nur ein Miniaturbild des Streikes, der in England ausbrechen werde, wenn die Forderungen der Dockarbeiter von den Hebern nicht bewilligt werden.

London, 30. Dezember. (B. Z. B.) Dem „Heuter'schen Bureau“ wird aus Simla gemeldet: Infolge der hohen Kornpreise, welche durch die anhaltende Dürre veranlaßt sind, finden Volksaufläufe in Agra, Cawnpur, Nagpur statt. Dieselben tragen in Delhi einen ersten Charakter, so daß das Militär den Befehl bekam, sich breit zu halten. Die Presse verlangt, daß die Regierung den Armen unerschütterlich Hilfe leiste.

Ein Sozialistenfödder vor Gericht.

Aus Tilsit erhalten wir folgende Mitteilung: Am Donnerstag beginnt vor dem Schwurgericht des hiesigen königlichen Landgerichts ein Prozeß, der in ganz Deutschland das größte Aufsehen erregen dürfte. Auf der Anklagebank erscheint, aus der Untersuchungshaft vorgeführt, der frühere Polizeiverwalter Tilsit, Stadtrath Witschel, unter der Anschulldigung, in verschiedenen Fällen wissentlich einen Meineid geleistet zu haben. Stadtrath Witschel, der viele Jahre Chef der hiesigen Polizei war, hatte in dieser seiner Eigenschaft die Ausführung des Gerhardt Hauptmann'schen Dramas: „Die Weber“ verboten. Russische Händler, die in Russland verbotene Bücher vertrieben, hatte er an die russische Grenze transportieren und sie der russischen Polizei ausliefern lassen. Er soll außerdem Russen, die sich geschäftshalber in Tilsit aufhielten, sehr rigoros behandelt haben. Eines Tages soll Witschel ohne jeden Grund den Befehl gegeben haben, einen bekannten Tilsiter Sozialdemokraten, Schuhmacher Hermann Runge, zu verhaften. Nachdem Runge eingekerkert war, soll Witschel mit einem Polizeiergeanten zu Runge in die Zelle gekommen sein und geschrien haben: „Guch Schweinehund, werde ich schon helfen.“ Als Runge ihn „Herr Witschel“ anredete, schrie er: „Ich heiße Stadtrath Witschel. Ihr Kerl hat keine Religion, Ihr internationales Gesindel. Wenn Calais, der Kerl, noch einmal aus Königsberg kommt, lasse ich ihn binden oder erschießen. Ich gedulde noch 10 Jahre Polizeiverwalter zu sein, und wenn Ihr noch mal die Marschellaise singt oder die Sozialdemokratie hochleben läßt, so lasse ich schießen. Ich habe meinen Beamten gesagt, daß sie Sie zuerst aufs Korn nehmen sollen.“ Witschel hatte unseren Parteigenossen Runge 26 Stunden ohne jede Nahrung im Polizeigewahrsam gehalten. Diese und noch andere ähnliche Vorkommnisse machten den Stadtrath in den Kreisen der hiesigen Bürgerschaft sehr unbeliebt. Selbst der Oberbürgermeister Theising, der dem Witschel die Polizeiverwaltung übertragen hatte, war mit dem Verhalten des Witschel keineswegs einverstanden, zumal er dasselbe zum Theil für ungeschicklich hielt. Es kam insolge dessen zwischen dem Oberbürgermeister und dem Stadtrath zu sehr heftigen Auseinandersetzungen. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Oberbürgermeister dem Witschel, daß er ihm die Polizeiverwaltung wieder abnehme und ihn auffordere, das Bureau zu räumen. Witschel erklärte jedoch, daß nicht der Oberbürgermeister, sondern nur der Regierungspräsident befugt sei, ihn als Polizeiverwalter abzusetzen, er werde daher das Bureau der Polizeiverwaltung nicht räumen und nur der Gewalt weichen. Witschel soll dabei den Oberbürgermeister mit dem Revolver bedroht haben. Den äußeren Anlaß zu diesem Renkontre soll das Verbot des Witschel betreffs der Ausführung der „Weber“ gegeben haben. Nachdem der Oberbürgermeister die Polizeiverwaltung wieder übernommen, gestattete er die Ausführung. Als Witschel dies erfahren hatte, begab er sich in das Expeditionsbureau der „Tilsiter Allgemeinen Zeitung“ und verlangte dort die Aufnahme einer Anzeige, wonach er in seiner Eigenschaft als Polizeiverwalter die Ausführung der „Weber“ verbot. Der Verleger der „Tilsiter Allgemeinen Zeitung“, Herr Otto v. Wauerode, verweigerte aber die Aufnahme der Anzeige mit dem Bemerkten, daß er (Witschel) doch nicht mehr Polizeiverwalter sei. Witschel versetzte darauf: „Wenn meine Anzeige heute nicht in Ihrer Zeitung steht, dann werde ich dieselbe von meinen Beamten konstatieren lassen.“ Er werde ihnen den Beweis liefern, daß ich doch noch Polizeiverwalter bin!“ Diese und ähnliche Vorkommnisse wurden in der „Tilsiter Allgemeinen Zeitung“ zum Gegenstande der Kritik gemacht. Durch diese fühlte sich Witschel beleidigt. Er stellte deshalb gegen den verantwortlichen Redakteur, Georg Epstein, den Strafantrag. Letzterer hatte sich aus diesem Anlaß am 18. Dezember 1895 vor der dritten Strafkammer des Tilsiter Landgerichts zu verantworten. In dieser Verhandlung bezeichnete Witschel die erwähnten Thatfachen zumeist als falsch und bestritt außerdem, zu dem Stadtverordneten-Vorleser Schlegelberger gesagt zu haben: „Wenn die Stadtverordneten mir ein Mißtrauensvotum gäben, dann würde ich sofort zurücktreten.“ Er stellte ferner in Abrede, daß er bezüglich eines Grenzstreits der königlichen Regierung falsche Angaben gemacht habe. Durch diesen falschen Bericht soll der Grundbesitzer Stüttger geschädigt worden sein. Auch daß ihn der Fleischer-Geselle Gadow einmal mit Gewalt aus dem Hofe seines Weikers hinausgeworfen, bezeichnete Witschel als unwahr. Er bestand sich damit in Widerspruch mit allen anderen Zeugen. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Redakteurs Epstein zu 100 M. Geldstrafe, eventuell 10 Tagen Gefängnis u. s. w. Das eidliche Zeugniß des Witschel muß aber nachträglich bei der Staatsanwaltschaft Bedenken erregt haben. Witschel wurde plötzlich wegen Verdachts des wissentlichen Meineids verhaftet und hat sich nun dieses Verdicts wegen vor Eingang bezeichnetem Gerichtshof zu verantworten.

Tokales.

Die Wirkung der Taufe hat sich vor kurzem so glänzend bewiesen, daß wir unseren Lesern den merkwürdigen Fall nicht vorenthalten wollen. An einer hiesigen Gemeindefschule hospitierte seit langer Zeit eine jüdische Lehrerin, welche unerdrossen jahraus jahrein auf ihre Anstellung wartete in der Hoffnung, daß wenn ihr endlich das Glück der Anstellung blühen sollte, der Magistrat über die Ueberschreitung der Altersgrenze hinwegsehen würde. Da plötzlich kam das Reskript des Provinzial-Schulkollegiums bezw. des Kultusministers, wonach jüdische Lehrkräfte fortan nur angestellt werden dürfen, wenn das Bedürfnis vorliegt, die Lehrkräfte für den jüdischen Religionsunterricht in den Gemeindefschulen zu vermehren. Der betreffenden Dame wurde von der Schuldeputation der Rath gegeben, von einem weiteren Hospitieren an den Gemeindefschulen abzusehen, da es nach Lage der Sache nunmehr aussichtslos sei, daß sie eine Anstellung als Lehrerin erhalte. Im vorliegenden Fall scheint es sich um eine sehr resolute, die Forderungen des Tages begreifende Dame zu handeln, denn nach wenigen Wochen erhielt die Schuldeputation ein erneutes Anstellungsverlangen, dem die pfarramtliche Befehlsweisung beigelegt war, daß die Dame in die evangelische Glaubensgemeinschaft aufgenommen sei. Die Schuldeputation beschied die Lehrerin dahin, daß sie erst den Befähigungsnachweis für die Ertheilung evangelischen Religionsunterrichts bringenden müsse, ehe ihrem Gesuch näher getreten werden könne. Nach einige Wochen und die Neubefehle konnte auch diese Forderung erfüllen, indem sie eine Prüfung über ihre Fähigkeit zur Ertheilung evangelischen Religionsunterrichts bestand, welche ihr ein sehr befriedigendes Zeugniß einbrachte. Nunmehr konnten Schuldeputation, Magistrat und Stadtverordnete nicht länger widerstehen und seit heut fungirt die Dame als wohlbestallte Lehrerin an einer Berliner Gemeindefschule. Es ist wieder einmal das Ei des Kolumbus entdeckt

worden. Jüdinnen dürfen an Volksschulen nicht unterrichten — also taufen! Probatum est!

Die Angelegenheit der städtischen Gasarbeiter kommt heute Abend in der Stadtvertretung zur Sprache. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten wollen die Angelegenheit in der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache bringen und den Antrag stellen, daß die Forderungen der Arbeiterschaft bewilligt werden. Diese lauten: Einstellung sämtlicher Ausgesperrten; Abschaffung der 18 stündigen Sonntagschicht; Einführung 14tägiger Kündigung; Einrichtung eines Arbeitsausschusses. Sollten diese Forderungen nicht bewilligt werden, so wird zum Freitag ein Generalstreik sämtlicher städtischen Gasanstaltsarbeiter in Aussicht gestellt. Zur Beilegung des Streites haben die Arbeiter das Gewerbegericht als Schiedsinstanz angerufen. Die Arbeiter der Gasanstalt Müllerstraße haben sich mit den Ausständigen der Anstalten Danzigerstraße und Schmargendorf solidarisch erklärt. — Es wird sich heute Abend also zeigen, welche Ausflüchte die freisinnige Majorität der Berliner Kommunalvertretung finden wird, um die Berechtigung so beschiedener, selbstverständlicher Forderungen wie die hier gestellten, zu bestritten.

Die Arbeiten an der Torfstraßen-Brücke sind soweit gegeben, daß die Brücke am 8. Oktober d. J. dem Verkehr übergeben werden wird.

Nach amtlichen Ermittlungen war der Preis für Roggenbrot für 1 Kilogramm in Pfenningen (im Durchschnitt von 34 Bäckereien) am 17. August 20,94 Pf., der niedrigste Preis 16,99 Pf., der höchste Preis 25,00 Pf.; am 1. September 20,90 Pf., der niedrigste Preis 18,45 Pf., der höchste Preis 25,00 Pf.; Weizenbrot (Schrippen) für 1 Kilogramm in Pfenningen (im Durchschnitt von 34 Bäckereien) am 17. August 33,98 Pf., der niedrigste Preis 28,57 Pf., der höchste Preis 44,54 Pf.; am 1. September 33,77 Pf., der niedrigste Preis 28,49 Pf., der höchste Preis 43,88 Pf.

Der Männerbund zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit verwendet zur Zeit an die Inhaber von Papierwaaren- u. s. w. Geschäften in Zirkular, in welchem er bittet, keine fittlich anstößigen Neujahrskarten einzukaufen. Nach den Erfahrungen des Männerbundes finden jene gemeinen Darstellungen immer mehr Verbreitung und wirken entsetzlich auf alle, die damit in Berührung kommen, auch auf die Verkäufer und Verkäuferinnen. Vielleicht findet der Männerbund in seinem nächsten Zirkular an die Geschäftsinhaber auch noch, daß die lärgliche Entlohnung und die lange Arbeitszeit, welche in Ladengeschäften üblich ist, entsetzlich wirkt auf alle, die damit in Berührung kommen, auch auf die Verkäufer und Verkäuferinnen.

Die Fachklasse für Topographen an der ersten Handwerker-Schule in Berlin bietet Buchdrucker-Schülern Gelegenheit zu der für ihren Beruf notwendigen Ausbildung im Zeichnen, im Verständnis und Entwerfen von Zeichnungen und zur Aneignung sonstiger Fachkenntnisse. Die Unterrichtsgegenstände im Winterhalbjahr sind: Sonntag 8-10 Uhr vormittags Entwerfen und Skizzieren von Arbeiten für die Praxis; Farbenlehre und Farbenanwendung, Sonntag, 10 bis 12 Uhr vormittags: Arbeiten in Schriftzeug (Gaviren, Ausbessern, Ätzen), Herstellen von Tonplatten; Vierteljahr Oktober-Dezember: Zeichnen von Illustrationen, Schattenlehre; Vierteljahr Januar-März: Zinkätzung, Galvanoplastik, Papierleunden, Dienstag und Freitag 7-9 Uhr abends: Fachzeichnen (Schriften, Ornamente) und Entwerfen, verbunden mit Stillebete. Außerdem giebt die Handwerker-Schule in ihren Abendklassen Gelegenheit zu einer umfassenden Ausbildung in den verschiedenen Zweigen des Freihandzeichnens, im Zirkel- und Projektionszeichnen, in der Schattenkonstruktion und Perspektive, in der Mathematik, Physik, Mechanik, Chemie, im Rechnen und in der Buchführung. Das Schulgeld für den Besuch der Fachklasse für Topographen wie der Abendklassen der 1. Handwerker-Schule ist im voraus bei der Anmeldung zu entrichten; es beträgt für das Halbjahr: für 8 oder weniger als 8 wöchentliche Stunden 6 M., für 9 bis 12 wöchentliche Stunden 9 M., für 13 und mehr wöchentliche Stunden 12 M. Das Winterhalbjahr beginnt am 11. Oktober. Anmeldungen werden im Schulhaus, Lindenstr. 97, entgegengenommen. Nähere Auskunft ertheilt Herr O. Joffen, Direktor der 1. Handwerker-Schule am Montag, Mittwoch und Freitag von 6-7 Uhr abends.

Ein Säuglingsasyl in Berlin. Diese Blätter schreiben: Der Lion'sche Kinderbrutapparat auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung hat zur Gründung eines Säuglingsasyls in Berlin Anregung gegeben. Seit langem wird von den ärztlichen Kreisen Berlins darauf hingewiesen, wie notwendig für Berlin eine solche Anstalt wäre. Zur Zeit ist ein Komitee in der Bildung begriffen, welches sich zur Aufgabe gemacht hat, die Errichtung eines Säuglingsasyls durchzuführen. Diesem Komitee gehört eine Anzahl bekannter Professoren an, u. a. einer der berühmtesten Berliner Gynäkologen. Das Säuglingsasyl, welches nach dem Muster des Kinderbrutpavillons auf der Gewerbe-Ausstellung eingerichtet werden soll, ist hauptsächlich dazu bestimmt, zu früh und schwächlich geborene Kinder aufzunehmen. Dieselben sollen dort in der Lion'schen Conserve aufgezogen werden. Herr Lion, der Erfinder der Conserve, hat sich bereit erklärt, dem zu gründenden Institute die nöthige Anzahl von Apparaten gratis zur Verfügung zu stellen.

Die Staatsstrene der Engros-Schlächtermeister scheint einen Stoß erlitten zu haben. In der „Staatsbürger-Zeitung“ lesen wir: „Großes Bedauern hat es in den Kreisen der Berliner Engros-Schlächtermeister erregt, daß, wie wir bereits meldeten, die Lieferung für die Armeekonservenfabrik zu Haselhorst für die bevorstehende Winter-Betriebsperiode dem Engros-Schlächter S. Isaac übertragen worden ist. Man hat in behördlichen Kreisen seit längerer Zeit Werth darauf gelegt, Lieferungen nur an solche Lieferanten zu vergeben, welche das betreffende Geschäft wirklich erlernt hatten, ja, man ging so weit, Innungsmeister zu bevorzugen, und dies mit recht. Nun hat aber Herr Isaac, wie die „Deutsche Fleischer-Zeitung“ schreibt, nie das Schlächtergewerbe erlernt, noch ist er Mitglied der Innung, wohl aber war er um den Bruchtheil eines Pfenning pro Pfund Mindestfordernder, auf grund dessen ihm die Lieferung übertragen worden ist.“

Wahnsinnig! Die „Volks-Zeitung“ schreibt: Der im vorigen Jahre wegen Faltschmünzerei in Berlin zu fünf Jahren Zuchthaus verurtheilte anarchistische Sendlings, der Tischler J. Püschel, ist als geisteskrank nach der Strafanstalt Moabit überführt worden. Püschel hat viele Jahre hindurch als internationaler revolutionärer Propagandist fast ganz Europa durchstreift, er war ein persönlicher Bekannter Ravachol's und des anarchistischen Millionendiebes Pini. In Berlin hatte er sich mit der Ausgabe gefälschter Markstücke verdächtig gemacht.

Kleinlich. In der „Nordd. Allg. Zig.“ lesen wir: Während der gestrigen Sitzung des Städtetages ereignete sich auf der Richtertribüne ein eigenartiger Vorfall. Es erschienen plötzlich zwei Magistratsbeamte, die sich an einen der auf der Tribüne arbeitenden Herren mit dem Ersuchen wandten, die Tribüne zu verlassen. Dieser Herr war der vielgenannte Bureaubeamte M a h l i g. Er entgegnete den Dienern, daß er für eine hiesige

Zeitung Berichte über den Städtetag schreibe, was aber nicht hinderte, daß die Beamten bei ihrem Verlangen blieben und erläuternd bemerkten, sie kämen auf direkten Befehl des Herrn Oberbürgermeisters Balle. Mahlig verließ natürlich die Tribüne, lebte aber nach einigen Minuten wieder auf seinen Ploß zurück, denn die Maßnahmen gegen ihn, so hieß es, seien nur auf einen Sekretär zurückzuführen und beruhten „auf Irrthum“!

Die Aufstellung von Droschken auf den Theater-Plätzen von 8 Uhr abends an, um die der Fahrverein der Berliner Droschkenbesitzer in einer an das Kommissariat für öffentliches Fuhrwesen gerichteten Eingabe gebeten hatte, ist noch nicht genehmigt worden. Dagegen ist dem genannten Verein aufgegeben, in der Nähe der Theater geeignete Halteplätze anzugeben, an denen die Droschken aller Gattungen dann von 8 Uhr abends ab anfahren und eine Stunde vor Beendigung der Vorstellung auf die direkt vor der Theatern gelegenen Halteplätze nachrichten dürfen. Der Verein ist diesem Verlangen nachgekommen und hat in seiner letzten Sitzung eine Liste von geeigneten Plätzen aufgestellt, die vom Vorstand dem Kommissariat für öffentliches Fuhrwesen übermittelt worden ist.

Durch eine heftige Explosion wurden gestern früh um 7 Uhr die Passanten und Anwohner des Spittelmarktes in Schrecken versetzt. An der Ecke der Niederwallstraße befand sich ein Einsteigegschacht der elektrischen Leitungen, der mit großen Granitplatten bedeckt ist. Plötzlich flogen diese Platten mit einem gewaltigen Krach in die Höhe. In demselben Moment flogen auch die Platten der Isolirungsstationen an der Ecke der Beuth- und Leipzigerstraße und an der Ecke der Wallstraße empor. Eine dieser Platten zertrümmerte beim Aufschlagen auf das Pflaster in viele kleine Stücke. Glücklicherweise war der sonst so belebte Platz in der frühen Morgenstunde an jenen Stellen ziemlich menschenleer, so daß sich kein weiterer Unfall ereignete. — Wahrscheinlich liegt ein Kurzschluß der ungenügend gesicherten Leitungen vor, wodurch die Versicherung geschmolzen ist und die Gase entzündet wurden. Es ist dies die zweite Explosion, die sich binnen kurzer Zeit an derselben Stelle ereignete.

Der wegen Unterschlagung verhaftete Bankier Ernst Schneider hat sich gestern Nachmittag auf der Wache des 26. Polizeireviers mit einem Revolver erschossen.

Sein Aufstellen eines Leitergerüsts ist am Mittwoch Morgen 7 1/2 Uhr der verheiratete Arbeiter Albert Boff von dem dritten Stockwerk des Neubaus Zimmerstr. 21 abgestürzt. Der Verletzte erlitt lebensgefährliche Verletzungen und wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Durch einen Sturz aus dem Fenster hat sich Mittwoch Morgen um 8 Uhr die 54 Jahre alte Frau Rosalie des Kaufmanns A. vom Kottbuser Damm 4 getödtet. Frau A. soll den Selbstmord im nervenkranken Zustande begangen haben.

Nahzu 12 000 M. Werthe wurden bei der Leiche eines alten Mannes vorgefunden, die gestern Vormittag vor dem Hause Friedrichsgracht 45 aus dem Wasser gezogen wurde. Die Leiche wurde als die des Wärdners Johannes Deaube aus Leopoldshagen in Pommern verkannt; ein Sparfassenbuch über 11 292 M., von dem Vorkaufverein in Uckerlande aufgestellt, deutete darauf hin. Außerdem wurden bei der Leiche 146,80 M. in Silber vorgefunden, die in einem rothen Taschentuch eingebunden waren. Ferner fand man eine silberne Taschenuhr vor. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht, während die Werthsachen von dem Polizeirevier in Verwahrung genommen wurden.

Aus dem Polizeibericht vom 30. September. Am Montag Abend sprang am Hallschen Ufer ein Post-Unterbeamter in den Landwehrkanal und ertrank. Die Leiche ist bisher nicht aufgefunden worden, vermutlich ist es der beim Postamt in Groß-Lichterfelde beschäftigte Postkassierer Paul A., der sich wegen eines kleinen Fehlbetrages in seiner Kasse an demselben Tage aus dem Dienst entfernt hatte. — In der Schulstraße wurde die achtjährige Tochter des Schuhmanns Schreiter durch einen in schneller Fahrt um die Ecke biegenden Wagen der Brauerei Hohen-Schönhausen überfahren und auf der Stelle getödtet. Der Führer des Wagens entzog sich seiner Feststellung durch schnelles Davondfahren, wurde aber nachträglich als der Kutscher August Kanapenn aus Neu-Weipensee ermittelt. — Ebenfalls durch die Schuld des Kutschers, des 23jährigen Gustav Prodnar aus Friedrichsberg, gerieth mittags vor dem Hause Diefenbachstr. 10 der 64jährige Sohn des Rolers Karl Schmidt unter die Räder des von Prodnar geführten Schlächterwagens und erlitt eine so schwere Verletzung am Kopfe, daß er in das Krankenhaus Am Urban gebracht werden mußte. — Nachmittags wurden die Pferde eines auf dem Hofe des Grundstücks Adalbertstr. 16 stehenden Kutschwagens scheu und liefen quer über die Straße, wobei durch die Reichelstange das Schaufenster eines Schneidemeisters zertrümmert wurde. Menschen kamen dabei nicht zu Schaden. — Wegen Abend verunglückte die eine Droschke benutzende Wittwe Maria Hüftig, geb. Knoblauch, indem ein Postwagen bei der Einfahrt in das Grundstück Unter den Linden 12 mit der Droschke zusammenstieß, die hierbei aus dem Wagen geschleuderte Frau erlitt Verletzungen am Arm und an der Hüfte. Die Schuld trifft nach Angabe der Zeugen den Postillon. — Als abends ein Schuhmann den Arbeiter Hermann Strahe wegen Belästigung Vorübergehender zur Wache des 72. Polizeireviers bringen wollte, leistete er heftigen Widerstand und griff schließlich den Beamten thätlich an, so daß dieser von seiner Waffe Gebrauch machen mußte. Strahe erlitt eine leichte Verletzung am Kopfe und konnte dann überwältigt werden. — In der Weingen-Allee fand ein Zusammenstoß zwischen einem Wagen der elektrischen Straßenbahn und einem in das Grundstück Nr. 22 einbiegenden Geschäftswagen statt, wobei die auf diesem stehenden Kutscher Reinhold Zwickau und Karl Fröhlich herabgeschleudert wurden. Z. trug eine Verletzung des Armes davon, Zwickau blieb unverletzt.

Aus den Nachbarorten.

Ueber einen in Cranienburg verübten Gattenmord wird berichtet: In dem Vorort Cranienburg wurde der Grundbesitzer Franz Trommelt von seiner Gattin erschossen. Z. war früher als Polizeiwachmeister in Berlin auf dem Polizeipräsidium angestellt. Er war bereits früher einmal verheiratet und hatte aus der ersten Ehe zwei Kinder; diese Ehe war jedoch nicht glücklich, und zwar durch die Schuld des Z., welcher seinerzeit viel mit seiner jetzigen Frau, der damaligen Wirthschafterin Ottilie Ungnad, verkehrte. Die Z.'sche Ehe wurde auf gemeinschaftlichen Wunsch wegen gegenseitiger Abneigung geschieden und der Polizei-Wachmeister heirathete die inzwischen durch Erbschaft zu einem bedeutenden Vermögen gelangte Ungnad. Z. quittirte seinen Posten und errichtete in dem Hause Tiedstraße 7 ein Zigarrengeschäft. Auch seine zweite Ehe war als höchst unglücklich zu bezeichnen, ebenso durch die Schuld des Mannes als auch der Frau, welche sich untereinander nicht recht verstanden. Z. ließ sich in Cranienburg eine Villa bauen und zog nach dort hinaus. Nach wiederholten Streitigkeiten mit seiner Frau trennte er sich vor etwa zwei Jahren von dieser und zog nach Berlin. Jedoch nach

kurzer Zeit schon schütten sich die Gatten wieder aus. L. verkaufte nun das Zigarrengeschäft an den Bruder seiner Frau, während er selbst in Grundstücken zu Spekulationen begann. Er ließ in Oranienburg eine zweite Villa errichten, kaufte sich in Birkenwerder und in Berlin je ein Haus, welche Grundstücke sämtlich schuldenfrei waren. In letzter Zeit hatte sich das Eheleben des L. noch bedeutend ungünstiger gestaltet, so daß L. in seine Frau drang, sich von ihm scheiden zu lassen und da diese es ablehnte, sich aus der Wohnung entfernte und die zweite Villa in Oranienburg bezog. Aus der zweiten Ehe war ein Kind, ein jetzt zweijähriges Mädchen, entpflanz, welches L. mit sich nehmen wollte. Am vorgestrigen Tage war Frau L. mit der Kleinen in Berlin gewesen und kehrte am Nachmittag von dort wieder zurück. Bei ihrer Ankunft in der Wohnung stand ihr Mann vor der Thüre und suchte der Frau das Lächeln, das sie auf dem Arm hielt, zu entreißen. Diese zog plötzlich einen Revolver und gab sechs Schüsse auf ihren Mann ab, welcher durch drei Kugeln tödlich getroffen, zusammenbrach. Er wurde zwar noch lebend nach dem Oranienburger Krankenhaus gebracht, verstarb aber dortselbst kurz nach seiner Einlieferung. Frau L. wurde verhaftet. Bei ihrer ersten, noch gestern stattgehabten Vernehmung behauptete sie, in Nothwehr gehandelt zu haben, indem ihr Mann sie mit einem Stöcke bedroht hat; doch wird dies durch Augenzugungen des Vorganges bestritten. Schwer belastend ist für die Frau vor allen Dingen der Umstand, daß sie den zu der That benutzten Revolver erst am Tage vorher in Berlin gekauft hat.

Eine Spieler-Gesellschaft ist in Potsdam von der Ehefrau eines Oerupten der Polizei zur Anzeige gebracht worden. Es sind einige zweifelhafte Existenzen, zum Theil wegen gewerbsmäßigen Glückspiels schon vorbestraft, welche sich in dem Sch.ichen Lokal in der Gardebeducorpsstraße versammelten. Ein Oberkellner wurde dort von ihnen zweimal um einige hundert Mark gerupft, so daß die darob erzürnte Gattin die Sache zur Anzeige brachte.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Die Bacher'sche Trachten-Ausstellung, welche in der großen Industriehalle allgemeines Aufsehen erregt, ist von dem Eigentümer, Herrn Bacher, dem Passage-Panoptikum zum Geschenk gemacht worden. Das Werk repräsentiert einen Gesamtwert von 121 000 M. Herr Bacher hat auch die Fortführung des Werkes auf seine Kosten übernommen. Im Rahmen des bisher Geschaffenen soll die herrschende Mode des laufenden Jahres sowohl in ihrem Frühjahrs- wie im Herbstgewand zur Anschauung gebracht werden. Anfang November soll das Bacher-Museum, das in einem besonderen Raum aufgestellt wird, in einer des Gebers und der großartigen Spende würdigen Form eingeweiht werden.

Der Lichtsprungbrunnen in der Gewerbe-Ausstellung wird von jetzt ab nur drei Mal beleuchtet und zwar findet die Illumination desselben abendlich um 7, 7 $\frac{1}{2}$ und 8 $\frac{1}{2}$ Uhr statt. Das Lichtspiel dauert jedesmal eine Viertelstunde.

Gewerbe-Beitrag.

Immer bedenklicher scheint sich die bekannte Abraham'sche Fleischlieferungsgeschichte zu gestalten. In der Prozesssache Jhde wider die Abraham'sche Volksnahrung stand am Dienstag vor der VI. Handelskammer des hiesigen Landgerichts I Termin an. Jhde hatte der Volksnahrung zu drei verschiedenen Malen Fleisch geliefert, das dritte Mal am 19. Mai dieses Jahres. Nach der Behauptung Abraham's soll diese dritte Sendung total verdorben gewesen und deshalb von der Behörde beschlagnahmt worden sein. Wegen der Kredit-schädigung, welche die Volksnahrung infolge dieser Beschlagnahme erfahren habe, verweigerte Abraham nunmehr die Bezahlung aller drei Fleischsendungen und stellte außerdem noch in Aussicht, daß er Jhde wegen des gesamten weiteren Schadens haftbar machen würde. Jhde, der behauptet, nur gutes Fleisch geliefert zu haben, denn jeder Lieferung lag ein thierärztliches Attest bei, suchte seinerseits dieser Eventualität gegenüber auf den Rath seines Vertreters, des Rechtsanwalts Glahel, eine gerichtliche Aufklärung der von Abraham behaupteten Schädigung, namentlich des Beschlagnahmeverganges dadurch herbeizuführen, daß er selbst auf Zahlung des Kaufpreises für die drei Sendungen klagte und Abraham dadurch in die Lage brachte, seine Einwendungen näher zu substantiieren. Abraham hat darauf nach Behändigung der Klage den Preis für die zwei ersten Fleischsendungen dem Kläger sofort eingezahlt. Bezüglich der dritten Sendung behauptete er zunächst, daß diese am 19. Mai d. J., morgens zwischen 8 und 9 Uhr, in der Volksnahrung eingetroffen und von Beamten der Gesundheitspolizei, noch bevor das Fleisch ausgepackt und in den Keller gebracht war, also direkt vom Wagen herab, beschlagnahmt worden sei. Diese Behauptung wurde auch wiederholt in der Presse aufgestellt und lange Zeit aufrecht erhalten, während Jhde zunächst die Identität der in der Volksnahrung beschlagnahmten mit der von ihm gelieferten dritten Fleischsendung bestritt. Im ersten Verhandlungstermine änderte Abraham seine grundlegende Einwandsbehauptung unerwartet dahin ab, daß die betreffende Jhde'sche Fleischsendung nicht am 19. Mai dieses Jahres früh morgens zwischen 8 und 9 Uhr, sondern zwei volle Tage später, nämlich erst am 21. Mai eingetroffen und behördlich beschlagnahmt worden sei. Infolge dieser Behauptung kam es zu dem neuen Termine. In diesem legte Rechtsanwält Glahel unter Protest gegen die Beweislast eine amtliche Bescheinigung der Eilgut-Abfertigungsstelle Berlin vor, in welcher deren die fragliche Fleischsendung Jhde's in der Volksnahrung weder am 19. Mai, früh zwischen 8 und 9 Uhr, noch am 21. Mai, sondern vielmehr am Nachmittage des 19. Mai zwischen 2 und 3 Uhr eingetroffen ist. Daraufhin wurde der Termin vertagt, um weiteren Beweis in dieser Richtung hin zu erheben.

Das schnoddrige Redensarten an den offenen Gräbern der Verstorbenen schlecht angebracht sind, wurde gestern dem Redner Julius Kollmann aus Berlin largemacht, der sich vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II wegen Sündung einer gottesdienstlichen Verhandlung zu verantworten hatte. Am 19. Mai d. J. wurde auf dem Friedhofe zu Kummelsburg der Gastwirth Schneider beerdigt, dem viele Kellner, frühere Kollegen des Verstorbenen, das letzte Geleit gaben. Unter diesen befand sich auch der Angeklagte. Während nun der Prediger die Leichenrede hielt, soll der Angeklagte zu den ihm zunächst stehenden Personen gesagt haben: "Das sind ja lauter Sägen! Das ist ja Quatsch, was der da sagt!" Als am Schlusse der Handlung die letzten drei Hände voll Erde in die Gruft geworfen wurden, sagte der Angeklagte laut: "Aun wollen wir noch ein Paar Hände voll Klammotten hinterher schmeißen, daß er genug kriegt!" Andere Leidtragende nahmen daran Anstoß, worauf Anfrage erhoben wurde. Der Angeklagte bestritt die erste gottesdienstliche Bemerkung, gab aber zu, beim Einwerfen der Erde in das Grab gesagt zu haben: "Bernhard, hier hast Du die Sand voll Klammotten, die ich Dir versprochen habe!" Obwohl die Gattin des Verstorbenen dem Angeklagten darin beistimmte, daß der Verstorbene oft zu seinen Freunden gesagt habe: "Ich verlange von Euch weiter nichts, als daß Ihr mir, wenn ich gestorben bin, eine Hand voll Klammotten hinterher wirft!" erfolgte doch eine Verurteilung. Der Gerichtshof hielt beide Bemerkungen für erwiesen. Wenn auch der Verstorbene bei Lebzeiten im Berliner Jargon davon gesprochen habe, daß man ihm eine handvoll Klammotten in das Grab werfen sollte, so dürften doch solche barocken Redensarten nicht

am Grabe geführt werden. Es liege beschimpfender Unfug im Sinne des § 168 des Strafgesetzbuchs vor. Das Urtheil lautete auf eine Woche Gefängnis.

Kleine Käfer und Egerlinge fand der Arbeiter B. eines Abends nebst einigen Korinthen auf der Oberfläche der kalten Schale schwimmend, die ihm seine Ehefrau zubereitet hatte. Die sonderbaren Insekten konnten nur in dem Kalteschaalen-Pulver vorhanden gewesen sein, welches Frau B. an demselben Tage von dem Kaufmann Otto Bauer gekauft hatte. Der letztere hatte sich deshalb gestern vor der 190. Abteilung des Schöffengerichts wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz zu verantworten. Gerichtschreiber Dr. Bischoff begutachtete, daß der fragliche Käfer Anobium paniceum heiße und ein Insekt sei, welches sich häufig in dem Brot bilde, welches zu Kalteschaalen-Pulver Verwendung finde. Außerdem kämen der Käfer und seine Larven besonders häufig im Schiffszweiback vor, sowie in den italienischen Maccaronis und in Pfefferlücken, in den beiden letzten Erzeugnissen dann, wenn sie in verschlossenen Packeten verpackt und aufbewahrt würden. Die Thiere seien so groß, daß sie leicht mit blohem Auge erkenntlich seien. Der Gerichtshof kam auf Grund dieses Gutachtens zu dem Schlusse, daß der Angeklagte sich mindestens einer Fahrlässigkeit schuldig gemacht habe. Das Urtheil lautete daher auf 10 M. Geldstrafe.

Ist die Bezeichnung eines Beamten als Sozialdemokrat eine Verleumdung? Das Landgericht Gnesen hat am 28. Mai den Probst Valerian Nawrocki wegen Verleumdung eines Beamten in Beziehung auf seinen Beruf zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt. Ueber den Pfarrer des Angeklagten führte ein Weg, den u. a. auch der Posthilfsbote P. hierz. benutzte. Dies geschah dem Angeklagten nicht und so verpörrte er, wozu er sich für berechtigt hielt, den Weg. Zu anderen Personen sagte er dann, der Weg sei nur für seine Kirchgänger, nicht aber für die Sozialdemokraten. Das Landgericht hat angenommen, daß er damit den genannten Postbeamten habe beleidigen wollen. Den Strafantrag hatte die Ober-Postdirektion Bromberg gegen Nawrocki gestellt. Dieser legte Revision ein und hatte in der gestrigen Verhandlung der Sache vor dem Reichsgericht Erfolg. Der Reichsanwalt beantragte die Aufhebung des Urtheils, da nicht ersichtlich sei, worin die Verleumdung gefunden worden ist; am wenigsten sei aber aus dem Urtheil zu entnehmen, warum die Verleumdung in bezug auf den Beruf begangen sein soll! — Das Reichsgericht erkannte auf Aufhebung des Urtheils und Zurückverweisung der Sache an das Landgericht. Die Gründe waren dieselben, welche der Reichsanwalt geltend gemacht hatte.

Die Aufhebung des Urtheils muß, so selbstverständlich sie im Grunde erscheint, doch als bemerkenswerth bezeichnet werden. Mehrfach haben wir von Verurtheilungen wegen Verleumdung berichtet, die erfolgt sind, weil jemand seinen Gegner als Sozialdemokrat "beschimpft" hatte.

Und abermals ein prägelnder Polizeibeamter. Aus Köln wird vom 26. September berichtet: Wegen vorsätzlicher Körperverletzung, begangen während der Ausübung seines Amtes, wurde der Schumann Richard Müller von hier, gebürtig aus Bries, zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Angeklagte stand in der Nacht vom Postnachmittag auf dem Hohenzollernring auf Posten und unterließ sich etwas nach drei Uhr mit seiner Abspaltung. Als beide dort standen, streifte ein vorbeigehender Mann ohne Absicht den Kollegen des Angeklagten, der darüber die Bemerkung machte: "Nächstens wird auch der Hohenzollernring für uns zu eng." Nun ging Schumann Müller dem Manne nach und schlug denselben ohne jegliche Bemerkung und Veranlassung mehrere Male mit der Faust ins Gesicht. Der Angegriffene beschwerte sich bei dem herannahenden andern Schumann über die Mißhandlung, worauf der Angeklagte ihm mit den Worten: "Du willst von mir geschlagen worden sein, dann sollst Du erst recht was haben!" nochmals ins Gesicht schlug. Durch die Schläge wurde das Trommelfell des Mißhandelten verletzt, doch ließ die Sache nach ohne Gehörverlust ab. Der Staatsanwalt tadelte das Verhalten des Angeklagten mit scharfen Worten und führte unter anderem aus: Diese Handlungsweise des Beamten gegen einen ruhig des Weges gehenden Bürger sei nicht zu entschuldigen; sie vermehre das Odium, welches leider in dreifacher Schichten der Bevölkerung gegen Polizeibeamte herrsche. Mißhandlungsgründe seien ausgeschlossen, denn der Angeklagte habe außerdem die Ehre der sämtlichen Polizeibeamten geschädigt und verdiene, daß man ihm den Uniformrock ausziehe, den er zu tragen nicht würdig sei. Der Angeklagte, welcher zuerst angab, von dem Verletzten belästigt, beschimpft und gestoßen worden zu sein, was sich aber als Erfindung herausstellte, beschuldigte zuletzt sogar seinen Kollegen des unehrenhaften Zeugnisses, weil dieser ihm nicht gewogen sei. Der Vorsitzende führte in der Urtheilsbegründung aus, daß, wenn die Verletzung schlimmer gewesen wäre, auf Zuchthausstrafe hätte erkannt werden müssen.

Verfassungen.

Die Bilderrahmenmacher waren am 29. September in den Armvnhallen verammelt, um endgiltig ihre Forderungen und die einzuschlagende Taktik für die Lohnbewegung festzustellen. Den Verhandlungen hierüber voran ging ein Vortrag des Genossen Meßner über den Werth des Streiks. Durch wiederholten Weisfall beendeten die Verammelten ihr Einverständnis mit den Darlegungen des Vortragenden. Eine hierauf anberaumte Pause wurde von den Anwesenden reichlich benutzt, der Organisation beizutreten. Sodann gab Brandes einen Ueberblick über die Verhältnisse in den einzelnen Werkstätten. Nach dem Gesamtergebnis der aus 23 Werkstätten vorliegenden Angaben wird bereits in 11 derselben 52 Stunden wöchentliche Arbeitszeit innegehalten und theils die Einführung versprochen. Der in Aussicht genommene Mindestlohnlag wurde nur in wenigen Werkstätten überschritten; die weitaus größere Anzahl der Berufsangehörigen erhalten einen geringeren Wochenlohn bis herunter zu 12 und 14 M. Ueber diesen Punkt wurde eifrig debattirt, während die Punkte: 52 stündige Arbeitszeit und 10 pCt. Aufschlag für Akkordarbeit weniger Zeit in Anspruch nahmen. Beschlossen wurde, die Forderungen am Sonnabend endgiltig allen Werkstättenhabern vorzulegen, wo dieselben nicht bewilligt werden, ist am Montag die Arbeit nicht wieder anzunehmen. Als Forderungen sind aufgestellt: Wöchentlich 52 Stunden Maximalarbeitszeit; für diese Arbeitszeit 25,50 M. Mindestlohn; 10 pCt. Lohnzuschlag für Akkordpreise, hauptsächlich der schlechtste bezahlten Arbeit. Die Mehrbezahlung der Ueberstunden-Arbeit wurde als Kompromißantrag betrachtet und 10 Pf. Lohnzuschlag für jede Ueberstunde sowohl für Lohn- wie Akkord-Arbeit festgesetzt. Die Abweichung einiger Punkte von den in der letzten Versammlung aufgestellten Forderungen wurde damit begründet, daß die Bewegung eine derartige Modifikation nöthig machte, um zu einem günstigen Resultat zu gelangen. Beigetragen zu der veränderten Situation hätte die Fraunleucht des Kollegen Gosi; an dessen Stelle wurde hierauf Kellermann in die Streikkommission gewählt. Das Streikkomitee befindet sich bei Stramm, Ritterstr. 123. Ueber die Resultate in den Werkstätten wird am Sonntag in der Versammlung berichtet.

Auf Grund des Preshgeschehens ersuchen wir um Ausnahme folgender Verhältnisse: In Nr. 228 des "Vorwärts" ist auf unsere Nichtthätigkeit von einem angeblich Beteiligtem behauptet worden, daß wir Löhne angeben, die als gute gelten könnten, sofern dieselben unter regulären Verhältnissen erzielt würden. Dem ist aber nicht so. Evidentlich wird nicht angegeben, daß diese Löhne nur

erreicht wurden durch Mitnahme von Arbeit nach Hause und anhaltender Ueberzeitarbeit in der Fabrik. Dem gegenüber erklären wir, was sich nach unseren Vohbuchern bewiesen läßt, daß der von Ihrem Gewährsmann als gut bezeichnete Durchschnittslohn unter regulären Verhältnissen verdient wurde. In der von uns für den angegebenen Durchschnittslohn der Beschäftigten berückichtigten Zeit vom 1. Januar bis 29. August 1896 sind nämlich 1. überhaupt keine Ueberstunden in der Werkstätte gemacht worden, wie wir solche auch nach Kräften vermeiden; 2. ist Hausarbeit nicht im geringsten berücksichtigt, vielmehr der reine Werkstattlohn zu Grunde gelegt worden. Ebenso schlecht informiert ist Ihr Gewährsmann über das, was er bei uns als das schändlichste der Akkordsysteme und Kolonnenarbeit bezeichnet. Zunächst haben wir keine Kolonnenarbeit.

Die Arbeiter arbeiten bei uns wie überhaupt in der ganzen Branche mit einer Anshmiezerin zusammen, deren Stolz von uns bestimmter und auch ausgezahlter Lohn mindestens 9 M., meist indessen mehr beträgt und von uns mit dem Arbeiter verrechnet wird, so daß die Angabe, die Erzielung guter Löhne geschehe nur auf Kosten der Gesundheit jüngerer Arbeiterinnen, die von ihren Arbeitskollegen dürftig entlohnt werden, den Thatsachen nicht entspricht. Das wir den wenigen, in der Zahl nicht in betracht kommenden Lehrlinginnen, die nichts verstehen und leisten, in einer bestimmten steigenden Scala schon nach einiger Zeit 9 M. Lohn geben, kann man als eine Ausbeutung jüngerer Arbeitskräfte, wie des Ihr Gewährsmann thut, ebenfalls nicht bezeichnen, man müßte denn überhaupt darauf verzichten, junge Mädchen zur Beschäftigung in dieser Branche auszubilden, um sie später dauernd mit steigenden Löhnen zu beschäftigen. — Dies zur gest. thatsächlichen Verichtigung. C. Kirchner u. Schwedhelm.

Von unterrichteter Seite wird auf dieses Eingefandt bemerkt: Es steht und selbstverständlich keine Kontrolle zu über die von der Firma berechneten Durchschnittslöhne. Bekannt aber ist uns, daß die für Akkordarbeit gezahlten Preise zurückgehen hinter der Entlohnung, die in anderen namhaften Fabriken gewährt wird. Vor allen Dingen aber will unsere Lohnbewegung die von unseren Berufscollegen als überaus schädlich anerkannte Hausarbeit beseitigen, die bei der Firma in hoher Blüthe steht, dagegen in anderen Fabriken gleichen Grades verpönt ist. Daß sie in ihrem Betriebe besteht, giebt die Firma selbst zu. Wenn wir die Verwendung junger Arbeiterinnen für Hilfsleistungen bei den gelbten Arbeitern und Arbeiterinnen als Kolonnenarbeit bezeichnen, so wird durch die Verichtigung dadurch nichts geändert, wenn behauptet wird, daß diese Arbeiterinnen im Lehrverhältnis unter 9 M. erhalten. In anderen Fabriken unserer Branche erhalten auch diese Arbeitskräfte bereits einen Anfangslohn von mindestens 9 M. und geübtere Arbeiterinnen erreichen einen bedeutend höheren Verdienst. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß die Arbeitsverhältnisse in der Fabrik von Kirchner u. Schwedhelm hinter den anderen Betrieben zurückstehen.

Arbeiter-Bildungsschule. Sühn-Schule, Waldemarstraße 14: Geschlossen. Wiedereröffnung Mitte Oktober. — Nord-Schule, Müllerstraße 179a: geschlossen. Wiedereröffnung: Mitte Oktober. Brunne nstraße 25, erster Hof links, 1 Tr. Bei allen Unterrichtssachen werden neue Teilnehmer, Tamen und Herren, jeder Zeit aufgenommen. Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgebung. Vorsitzende: W. Neumann, Colonnadenstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Friedrich Kortum, Montrosselstr. 49, 2. Tr. Arbeiter-Panzerbund Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Karl Stiller, Kleine Frankfurterstraße Nr. 7, 1 Tr. Bund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an Germania, Fabrik-Schulhaus, Ecke 177c. Panzerverein der Gildhäuser. Gute Abend 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Annenstraße 14: Steinhilber-Arbeit. — Zusammenkunft: Wie verhalten wir uns bei einer streitenden Partei zur Verhinderung der Arbeit? Freie Vereinigung der Händler und Händlerininnen Berlin und Umgebung. Freitag, den 2. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Witzel, Adlerstr. 145: Mitglieder-Versammlung.

Vermischtes.

Bei Bildung der Geschworenenbank ereignete sich vor dem Landgericht in Kottbus ein ganz sonderbarer Fall. Der Amtsvorsteher Wolf Seydel aus Fischwasser war nämlich seinerzeit zum Geschworenen mit ausgelost worden, mußte jedoch jetzt aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt werden, in das er wegen Verdachts des Meineides eingeliefert worden war. Natürlich wurde seine Wahl zum Geschworenen für ungiltig erklärt.

Sie werden nicht alle. Der "Wunderdoktor" Schäfer ist in Hradbrach ist gegenwärtig der höchste Steuerzahler des Kreises Witten. Er zahlt an Einkommensteuer jährlich 4000 M. und an Gewerbesteuer 1700 M. Diese Stufe entspricht einem Einkommen von jährlich 100 000 M. In letzter Zeit haben sich die Konjunktationen beim "Wunderdoktor" auf täglich etwa 100 vermehrt.

Taktik. Die "Germania" schreibt: Ein ungeschönes Nachspiel hat das VII. deutsche Bundesfest, das im Juli d. J. in Braunschweig abgehalten wurde, da von einer Anzahl auswärtiger Regellubs die Art der Vertheilung der Preise, sowie deren Beschaffenheit bemängelt ist. Letztere sollen in keinem Verhältnis zu der Höhe der Einsätze stehen. Eine Versammlung von Vertretern deutscher Regellubs hat beschlossen, Protest einzulegen gegen die Vertheilung der Silberpreise, da diese Preise in großer Anzahl nicht aus Silber, sondern aus unedlen Metallen bestanden.

Aus Dresden wird berichtet: Das Ehepaar Reitschlag, welches eine Färberei besitzt, verübte gestern infolge schlechter Vermögenslage Selbstmord.

Hochwasser. Wie die "Frankfurter Btg." aus Manheim meldet, ist der Rhein weiter gestiegen. Der Neckar ist im weiten Umfange ausgetreten, doch ist seit gestern Mittag ein Stillstand zu konstatieren.

Briefkasten der Redaktion.

M. W. Leipzig, 20. Okt. M. S. Charlottenburg. Das Verhalten des Geschäftsführers sowie der Oberplätterin Frau D. die Anshandigung des Arbeitsbuchs und der Invalidentaxe betreffend ist strafällig. Melden Sie die Sache dem nächsten Polizeirevier. Die sonstigen Ueberstände, welche nach Ihrer Mitteilung in dem Geschäft der Gebr. D. vorhanden sein sollen, besprechen Sie am besten in einer Versammlung des Vereins der Plätterinnen.

Witterungsübersicht vom 30. September 1896.

| Stationen. | Barometerstand in mm. rebarit auf d. Meereshp. | Windrichtung. | Windstärke (Scala 1-12) | Wetter. | Temperatur nach Celsius (60, 64, 68, 72, 76, 80, 84, 88, 92, 96, 100) |
|------------|--|---------------|-------------------------|-------------|---|
| Swinemünde | 774 | SW | 1 | halb bedekt | 7 |
| Danburg | 774 | SW | 1 | wollenlos | 9 |
| Berlin | 778 | SW | 2 | halb bedekt | 8 |
| Wiesbaden | 771 | SW | 1 | wolfig | 8 |
| München | 769 | NO | 4 | Regen | 8 |
| Wien | 768 | SW | 1 | bedekt | 11 |
| Paparanda | 765 | SW | 4 | wollenlos | 7 |
| Petersburg | — | — | — | — | — |
| Cott | 776 | N | 1 | heiter | 10 |
| Aberdeen | 770 | SW | 1 | wolfig | 9 |
| Paris | 771 | NO | 1 | wollenlos | 5 |

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 1. Oktober 1896. Ziemlich kühl, zeitweise heiter, vorübergehend wolfig mit etwas Regen und mäßigen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, 1. Oktober.
Opernhaus. Lucia von Hammermoor. Die Puppenfee.
Schauspielhaus. Doktor Klaus.
Deutsches Theater. Julius Caesar.
Berliner Theater. Die offizielle Frau.
Festung-Theater. Der Herr Senator.
Neues Theater. Der Kampf der Frau.
Theater des Westens. Tausend und eine Nacht.
Thalia-Theater. Gebildete Menschen.
Residenz-Theater. Der Stellvertreter.
Vorher: Ninette im Schnee.
Theater Unter den Linden. Die Lachtaube.
Schiller-Theater. Emilia Galotti.
Central-Theater. Eine wilde Sache.
Ostend-Theater. Der deutsche Michel.
Selle-Alliance-Theater. 'n tolles Mädel. Hieraus: Jochen Büffel.
Friedrich Wilhelmstadt. Theater. Der Hüttenbesitzer.
Alexanderplatz-Theater. Ohne sittlichen Halt.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: Emilia Galotti.
Freitag, abends 8 Uhr: Ein Schritt vom Wege.

Friedrich Wilhelmstadt. Theater
Chausseest. 25/26. Dir. Max Samst.
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 5 Aufzügen nach dem gleichnamigen Roman v. George Ohnet.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Der Hüttenbesitzer.
Sonntag, 4. Oktob., Nachm. 8 Uhr.
Kassier-Vorstellung: Maria Stuart.

Ostend-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Direktion: Karl Weiss.
Der deutsche Michel.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von R. Kneisel.
Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Direktion: Richard Schultz.
Emil Thomas a. G.
Eduard Steinberger a. G.
Zum 12. Male:
Eine wilde Sache.
Große burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von B. Mannsädt und J. Freund.
Musik von J. Eindshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Eine wilde Sache.

Alexanderplatz-Theater.
Pikante Novität!
Ohne sittlichen Halt.
Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Aufzügen. (Wons haben Wochentags Gültigkeit.)
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Ohne sittlichen Halt.
Sonntag, 4. Oktober, Nachm. 4 Uhr:
Eichlein deck' dich, Esel freck' dich, Schnüffel aus dem Sack.
Zauberwörter mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Eugen Prudens.

Thalia-Theater
(vormals: Adolph Ernst-Theater)
Dresdenerstr. 72/73.
Direktion: W. Hasemann, Untgl. preuß. Kommissionsrath.
Gebildete Menschen.
Volksstück in 8 Akten v. Viktor Eöon.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Volks-Theater
34 Reichenbergerstrasse 34
Gaststätte der Pferdebahnen:
Kottbuser Thor.
Sonabend, den 4. Oktob. 1896:
Eröffnungs-Vorstellung.
Berliner Possen-Cyclus No. 1
Ein vorzüglicher Mann!
Posse mit Gesang in 3 Bildern von G. v. Moser u. G. Jacobson. Musik v. H. Blaf. Regie: August Kollt.
Hieraus:
Variété fremder Künstler.
Zum Schluff:
Pladderautz.
Berliner Rückblicke in Wort und Bild von Oscar Wagner.
I. Serie: Berl. Gewerbe-Anstellung.
Auf. 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. bis 8 W.

Thalia-Theater
(vormals: Adolph Ernst-Theater)
Dresdenerstr. 72/73.
Direktion: W. Hasemann, Untgl. preuß. Kommissionsrath.
Gebildete Menschen.
Volksstück in 8 Akten v. Viktor Eöon.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Volks-Theater
34 Reichenbergerstrasse 34
Gaststätte der Pferdebahnen:
Kottbuser Thor.
Sonabend, den 4. Oktob. 1896:
Eröffnungs-Vorstellung.
Berliner Possen-Cyclus No. 1
Ein vorzüglicher Mann!
Posse mit Gesang in 3 Bildern von G. v. Moser u. G. Jacobson. Musik v. H. Blaf. Regie: August Kollt.
Hieraus:
Variété fremder Künstler.
Zum Schluff:
Pladderautz.
Berliner Rückblicke in Wort und Bild von Oscar Wagner.
I. Serie: Berl. Gewerbe-Anstellung.
Auf. 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. bis 8 W.

Volks-Theater
34 Reichenbergerstrasse 34
Gaststätte der Pferdebahnen:
Kottbuser Thor.
Sonabend, den 4. Oktob. 1896:
Eröffnungs-Vorstellung.
Berliner Possen-Cyclus No. 1
Ein vorzüglicher Mann!
Posse mit Gesang in 3 Bildern von G. v. Moser u. G. Jacobson. Musik v. H. Blaf. Regie: August Kollt.
Hieraus:
Variété fremder Künstler.
Zum Schluff:
Pladderautz.
Berliner Rückblicke in Wort und Bild von Oscar Wagner.
I. Serie: Berl. Gewerbe-Anstellung.
Auf. 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. bis 8 W.

Urania.
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends
8 Uhr.
Sternwarte Invalidenstr. 57-62
Lehrt. Stadtbahnhof
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.
Im Theater-Saale täglich 8 Uhr
abends Vorträge mit Experimenten und
großen Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesanschlüsse.

Passage-Panopticum.
Nur noch kurze Zeit.
42
wilde
Weiber
aus
Dahomey.

Castan's
Panopticum.
Neu! Neu! Neu!
hochsensationelle
Neuheiten
die ein Jeder
sehen muss!

Spezial-Ausstellung
KAIRO
von 7 Uhr ohne Gewerbe-
Ausstellungs-Billet zugänglich.
Schaustellungen in
der Arena:
5 u. 8 Uhr nachm.
Entrée 50 Pf.
Kinder die Hälfte.

Alt-Berlin.
Bei günstiger Witterung nachmittags
3, 4 und 5 Uhr:
3 große historische Umzüge
1 altdentsches Musikkorps
1 Elite-Kapelle
Süddeutscher
Sänger-Uhor „Alomania“.
8 Damen u. 8 Herren in schwäbisch.
Kostüm.
Eintritt: 25 Pfg.

Konzerthaus Sanssouci
Kottbuserstrasse 4a.
Heute,
sowie an jedem
Donnerstag u. Sonntag:
Stettiner
Sänger
(Meissel,
Pietro,
Britton,
Steidl,
Krone,
Röhl
und
Schrader.)
Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. in d. Zigarren-
handlung von Kossler, Kottbuser
Thor, und in der Musikalienhandl.
von Röhle, Rochplay.
Freitag: Victoria-Brauerei.

Letzter Monat 2 Vorstellungen täglich
Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
Riesentheater.
Uebertrifft alles bisher dagew. Von Publikum u. Presse einstimm. anerkannt.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. — Dir.: F. Glück.
Vollständig neues Programm.
Zum ersten Male in Deutschland:
Signor C. Bernardi
genannt: „Il Camalconte“.
Erstes Auftreten der unvergleichlichen
Mile. Fougère
ferner: Irma Pakacsy, Lars Larson,
The Hoytons, Hoyolly-Trio, Mr. Farini,
The 7 Troubadours, Robert Steidl,
Labakan und Omar, Olympia-Riesen-
Orchester, Pantomimen-Gesellschaft
Rajada, Phydoras.
Ducreux-Giraldie.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Kaufmann's
Halbe
Variété
Menschen
und 20 Elite-
Nummern
Sensations-
Programm.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Das neue Riesen-
Oktober-Programm
Sehen! **40** Stunden!
Künstler ersten Ranges.
Auf vielseitigen Wunsch:
Verlängertes Gastspiel
der urarabischen Pantomime
Im Reiche der Schatten.
Anfang 7 1/2 Uhr. — Entree 30 Pf.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Täglich: Konzert, Theater-
Vorstellung.
Anfr. von Spezialitäten.
Künstler 1. Ranges.
Karlshens Tante.
Schwank in 1 Akt von Schmalow.
Neu! Neu! Neu!
Berliner Konfektionseisen.
Burleske mit Gesang und Tanz
in 1 Akt von Geride. Musik v. Schmidt.
Jeden Sonntag, Dienstag
u. Donnerstag nach d. Vorstellung
Tanzkränzchen.

Cösliner Hof, Cöllnerstr. 8.
Eröffnung: Sonntag, 11. Oct. Jed.
Sonnt. u. Mittw.: Gr. Theater- u.
Spezialität.-Vorst. Sonnt. Kas. 5.
Mittw. 8 Uhr. Saal (1000 Pers.)
zu Versamm. u. Festlichkeiten u. 2
bezügliche Regelbahnen zu vergeben.

Alcazar.
Variété und Spezialitäten-
Theater I. Ranges.
Dresdenerstrasse No. 52/53.
Annenstrasse 42/43.
Vornehmer
Familien-Aufenthalt.
Vorstellung.
Durchweg neues Programm.
Grand-Konzert
der neu engagierten Haus-Kapelle
unter Leitung
des Kapellmeisters **Martin.**
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf.
R. Winkler.

Vogler's Casino
fr. Weltrestaurant, Dresdenstr. 97
Im vorderen Saal:
Tyroler Concert
Entree vollständig frei!
Im ersten Theateraal die unübertreffl.
Hamburger Sänger.
Im zweiten Theateraal:
Variété u. Spezialitäten-Theater
Auftreten u. Kunstkräften 1. Ranges.
Auf. Wochentags 8 Uhr. Sonnt. 6 Uhr
Sikardo. 4 neue Regelbahnen.
Sorgf. gepf. Bier, anerkl. gute Küche.

Circus Busch.
(Bahnhof Börsen.)
Donnerstag, 1. Oktober 1896,
Abends 7 1/2 Uhr:
Novitäten-Vorstellung.
1. Auftreten der neu engagierten
Spezialitäten, u. a.:
Miss Bliss, Athlète à machoire,
zum 1. Male in Deutschland, großart.
Erfolg in Barmum und Balloy's great
show, sensationell. — Zum 1. Male:
Gebr. Oragnl, musikalische Clowns.
4 arab. Schimmelhengste, abger. u. vor-
geführt v. Dr. Busch. Herr Eugen
Salamonski. Spezialitäten 1. Ranges.
Vorzügl. Clowns.
Sensationeller Erfolg!
Millennium, Bilder a. Ungarn.
Morgen: Millennium.

Orts-Krankentasse
für das Bierbrauer-Gewerbe
zu Berlin.
Freitag, 9. Oktober, abends 8 Uhr,
in Firk's Festsaal, Elisabethkirch-
straße 14 (Nähe Ucker- und Invaliden-
straße):
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Herzliche Begrüßung der
die diesjährige Delegiertenwahl. 3. Ver-
schieden. 68/20
Das Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen
ersucht **Der Vorstand.**

Genossenschafts-Buchdruckerei
Solingen.
Sonntag, den 4. Oktober, nachmittags
4 1/2 Uhr, im Lokale Carl Ern am
Bergwerk:
Außerordentliche
General-Versammlung.
Tagesordnung:
Die zwischen der Geschäftsleitung
und dem früheren Seherpersonal aus-
gebrochenen Differenzen.
784b **Der Aufsichtsrath.**

Samariter-Kurjus
für Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Montag, den 5. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr,
bei Cohn, Benckstr. 20, kleiner Saal.
Tagesordnung:
Vortrag der Herren Dr. Christoller
und Dr. Friedberg. 1. Einleitung über
Zweck und Ziele des Samariter-Kurjus.
2. Anatomie und Physiologie (Bau
und Lebensfähigkeit) des menschlichen
Körpers.
Aufnahme neuer Teilnehmer.
155/11 **Der Vorstand.**

Von der Reise zurück
Dr. Joseph Löwenstein,
Kleino Frankfurterstr. 5. (745b)
Freunden und Gönnern halte mein
in Pankow, Wollankstr. 165 (neben
dem Elisabeth-Kirchhof) neu ein-
gerichtetes Restaurant zum Besuch
empfohlen. Achtungsvoll
716b **Malchin,**
früher Reindendorf, Residenzstr. 101.
Allen Freunden und Bekannten zur
Nachricht, daß ich das Geschäft
Bismarckstr. 84 nicht übernehme.
729b **W. Zippke, Markstr. 14.**
Empfehle allen Freunden und Be-
kannnten mein **Weiß, Pilsener Bier**
und **gr. Speisegeschäft.** Reichhalt.
Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier
50 Pf. sowie Abendtisch à la carte
von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit
Klavier für 20-50 Personen. 5882L
H. Stramm, Restaurant, Ritterstr. 129.
Vereinszimmer mit neuem Pian o
noch einige Tage frei.
Weißner, Chausseest. 72.

F Warmes
Frühstück
zur Auswahl.
Zur alten Linde
Echt
Münchener
Bürgerbräu
Pilsener, hiesiges
hell u. dunkl. Lagerbier
Weissbier.

Unterricht im Englischen
erteilt Fräulein Gertrud Liebkusch,
Kantstr. 160, Charlottenburg, Station
Zoologischer Garten.
Underricht. Musikunterr. „K“ Postamt 79.
Klavier, Violoncell, bild. Zoffenerstr. 41 III
Klagen, Singaben.
Unfallwagen, Puffer, Steglitzerstr. 65.
Lanz-Institut Boff, Köpenickerstr. 29
b. Koller. Hon. mäßig.
Ein donnerndes Hoch unserem Stats-
freunde Herrn **Hermann Heuer**
zu seinem 30. Biegebeste. Möge ihm
nie der letzte Trumpf beim Skat sowie
im ferneren Leben fehlen. 726b
Die Staatsfreunde
Steglitzerstraße, Kommandantenstraße,
Griebisdorf.

Allen Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, daß mein lieber
Mann, der Schmied
August Sucker
am 28. September verstorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstag
Nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause
Mariannenstr. 41 aus statt. 726b
Die trauernde Wittwe
nebst Tochter und Schwiegerkinder.

Allen Bekannten und Freunden die
traurige Nachricht, daß mein Mann,
der Gastwirt
Heinrich Hobein
am 29. September am Herzschlag ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag
Nachm. 3 Uhr vom Augusta-Hospital
aus statt. 730b
Wittve Hobein, Buttmanstr. 2.

Berein zur Wahrung der Inter-
essen der Gast- und Schankwirthe
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Kollege
Heinrich Karl Ad. Hobein
Buttmannstr. 2, am 29. September 1896
aus dem Leben geschieden ist.
Die Beerdigung findet am Freitag,
nachm. 3 Uhr, v. Augusta-Hospital nach
dem Pauls-Kirchhof in d. Seefraße statt.
Im Auftrage des Vorstandes:
H. Günther.

Codesanzeige.
Den Mitgliedern des Vereins Ber-
wärts Berlin zur Mittheilung, daß
das Mitglied
H. Hobein,
Buttmannstr. 2,
am 29. September am Herzschlag ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag,
den 2. Oktober, nachm. 3 Uhr, vom
Augusta-Hospital aus statt.
274/17 **Der Vorstand.**

Cöyfer.
Allen Kollegen zur Nachricht, daß
unser Kollege
Julius Gabbert
am 28. September verstorben ist. Die
Beerdigung findet am 2. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichenhalle
des Louise-Kirchhofes in Charlotten-
burg, Fürstentranter Weg, aus statt.
Zahlreiche Theilnahme erwünscht.
194/7 **Der Vertrauensmann.**

Dankagung.
Allen Freunden und Kollegen, welche
meinem lieben Mann **Theodor Beierle**
die letzte Ehre erwiesen haben, sowie
für die zahlreiche Kranzpende sage
meinen besten Dank. 736b
Die trauernde Wittve nebst Kindern.

Dankagung.
Allen Freunden und Bekannten, ins-
besondere den Arbeitern der Tischlerei
von Klug, meinen herzlichsten Dank
für die rege Theilnahme bei der Be-
erdigung meiner imigstgeliebten Frau.
745b **D. Jachow.**

Möbel
unter Garantie guter Arbeit. Theil-
zahlung gestattet. 727b
Frg. Müller, Alte Jakobstr. 65.

H. Ebert's Festäle,
72. Kommandantenstr. 72.
Empfehle meine Säle zu Festlich-
keiten und Versammlungen etc.
Dabei noch einige Sonnabende im
Oktober und November frei.
Jeden Sonntag: **Ball.**
Freiige Wurz heute, Donnerstag,
nachmittags 4 Uhr.
Gustav Tempel, Gr. Frankfurterstr. 16.
O. Schmidt's Restaurant, Hochstr. 32a.
Saal f. Vereine und kleinere Gesellsch.
H. Flic's Restaurant, Simeon-
straße 23, gr. sep. Vereinszimmer frei.

Achtung! Schuhmacher. Achtung!

Große öffentliche Versammlung
am Donnerstag, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokale
Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Der Streit der Schuh- Arbeiter. 3. Der Streit bei
Rosenthal u. Groß. 4. Verschiedenes. 17/2
Die Agitations-Kommission.

Achtung! Schlosser!

In nachstehenden Werkstätten befinden sich die Kollegen noch im Aus-
stande: **Bothmann**, Neue Jakobstr. 5; **de la Vari**, Kastanien-Allee 10;
Rösemann, Kastanien-Allee; **Wihl. Donner**, Kirdorf, Mariendorfer-
Weg 66; **Jean Violet**, Kronenstr. 8; **Pinnow**, Ballisadenstr. 84. 116/5
Zugung ist fernzuhalten.
Der Vertrauensmann der Berliner Schlosser.

Achtung!

Metallarbeiter aller Branchen!

Der Ausstand der **Formen** und **Gießerei-
Arbeiter** dauert in folgenden Werkstätten unver-
ändert fort:

Schäffer & Oehlmann, Chausseestraße; **Frister** (Engel & Hege-
wald), Lindenstr. 28; **Schlüter**, Brandenburgstr. 19; **G. Heine**, Wasser-
thorstr. 8; **Chiltske**, Wasserthorstr. 62; **Heine**, Brandenburgstr. 75; **Mün-
berg**, Prinzenstr. 25; **Braak**, Gitschinerstr. 81; **Krumme**, Gitschinerstraße;
Christ, Brangelstr. 111; **Aube**, Elisabeth-Ufer 30; **Ritter**, Oranienstr. 9;
Fronz & Co., Stallschreiberstr. 18; **Früger**, Sebastianstr. 74; **Früger**,
Alte Jakobstr. 35; **Lehmann**, Kahlertstr. 72; **Gauer**, Staligerstr. 92;
Häbiger, Staligerstr. 125; **Speck**, Dresdenstr. 88; **Haberlandt**, Stall-
schreiberstr. 9; **Eitner**, Sebastianstr. 61; **Henseler**, Stallschreiberstr. 12;
Falbe, Rantaustr. 72.

Die Metallarbeiter aller Branchen werden dringend ersucht, obige
Werkstätten zu beachten und den Zugung nach denselben fernzuhalten.
110/6

Der Vorstand

des Berliner Metallarbeiter-Verbandes.

Redakteur.

Gesucht wird für ein täglich erscheinendes Partei-Organ ein **zweiter
Redakteur**. Meldungen sind bis spätestens 6. Oktober unter Angabe
von Referenzen abzugeben unter M. n. 53093 bei Rud. Mosse, Berlin.

Ruderverein „Vorwärts“

Allen Freunden und Bekannten zur gefälligen Kenntnissnahme, daß die
Sitzungen vom 1. Oktober ab jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Lokale
des Herrn **Stabernack**, Inselstr. Nr. 10, stattfinden; wobei selbst neue
Mitglieder aufgenommen werden.

Der Vorstand.

Fruchtsäfte!

Himbeersaft } & Literflasche
Erdbeersaft } 1,30 M.
Johannisbeersaft }

anerkannt vorzüglich.

5868L • **Eugen Neumann & Co.**

Belle Allianceplatz 6a. Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 8. Genthinerstr. 29.
Potsdam: Bäckersstr. 7. Charlottenburg: Kaiser Friedrichstr. 48.

Total-Ausverkauf

zu außerordentlich billigen Preisen
wegen gänzlicher Auflösung meines Geschäfts.

**Kleiderstoffe, Teppiche, Gardinen, Tischdecken,
Möbelstoffe (Reste), Wäsche, Corsets, Trika-
tagen, Inlet, Hemdentuch, wollene Tücher,
Herrenwesten, Velleringen, Taschentücher, Hand-
schuhe, Strümpfe zc.**

Amandus Wronkow

Oranienstrasse 162 zwischen Moritz-
und Oranienplatz.

7825 **5000 Pfund
prima frische Zander**
Stelle ich mit 40 Pfg. pro Pfund in meinem Ladengeschäft
16 Dragonerstraße 16
am Freitag, Sonnabend und Sonntag dieser Woche zum Verkauf.
Otto Gundermann, Fisch-Großhandlung.

Achtung! Möbel! Achtung!

Wegen Aufgabe unserer Möbeltischlereien und Tapezier-
werkstatt sollen die Restbestände der Möbel- und Polster-
waren, darunter ganze Einrichtungen, zu jedem anneh-
baren Preise verkauft werden. Gekaufte Möbel können
beliebige Zeit lagern.

M. Wollner's Möbeltischlereien,

Berlin SO, Köpnickstrasse 154, I. Hof, Fabrikgebäude.

Geöffnet v. 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Achtung! **Achtung!**
Künstl. Löhne v. 8 M. an, Zehli-
wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-
ziehen, Zahnreinigen, Herabziehen bei
Bestellung umsonst.
Gunkel, Danzigerplatz 2, Elbasserstr. 12,
Steglitzerstr. 71, I.

Möbel auf Theilzahlung.
J. Kellermann,
Neue Jakobstr. 26.

Muschelmöbel verlässlich Hohen-
thalerstr. 4, 3 Tr. I. Bilsdamer. [7185]

Siemens & Halske
Elektrische Straßenbahn Berlin Behrenstraße-Creptow.

Betriebsleitung: Berlin, Hollmannstr. 34, I

Winter-Fahrplan

pro 1896/97 vom 3. Oktober 1896 ab.

A. Fahrplan.

1. Linie: **Behren-Strasse** - Creptow - H. Krug-Allee.
von Creptow v. d. Behrenstraße
Abfahrt des ersten Zuges 6¹⁵ früh 7¹⁵ früh
 letzten Zuges 11³⁰ nachts 12¹⁵ nachts.
Fahrzeit 44 Minuten.
Die Züge folgen in Zwischenräumen von 15 Minuten.

2. Linie: **Behren-Strasse** - Gölitzher Bahnhof.
v. Gölitz Bahnh. v. d. Behrenstraße
Abfahrt des ersten Zuges 6³⁰ früh 7³⁰ früh
 letzten Zuges 11³⁰ nachts 12³⁰ nachts
Fahrzeit 25 Minuten.
Die Züge folgen in Zwischenräumen von 5 Minuten.
Nach Bedarf werden Sonderzüge eingelegt.
Berlin, den 30. September 1896.

B. Tarif.

| | |
|--|---------|
| Behrenstraße, Ecke Wilhelmstr. - Kottbuscher Brücke | 10 Pfg. |
| Leipzigerstraße - Gölitzher Bahnhof | 10 " |
| Lindenstraße, Ecke Hollmannstraße - Wiener Brücke | 10 " |
| Prinzenstr. - Köpnick Landstr., Ecke Crept. Chaussee | 10 " |
| Kottbuscherbrücke - Karpfenteich | 10 " |
| Gölitzher Bahnhof - Ecke Parkstraße | 10 " |
| Wiener Brücke - Neue Krug-Allee | 10 " |
| Behrenstraße, Ecke Wilhelmstraße - Wiener Brücke | 15 " |
| Leipzigerstr. - Köpnick Landstr., Ecke Crept. Chaussee | 15 " |
| Lindenstraße, Ecke Hollmannstraße - Karpfenteich | 15 " |
| Prinzenstraße - Ecke Parkstraße | 15 " |
| Kottbuscher Brücke - Neue Krug-Allee | 15 " |
| Behrenstraße, Ecke Wilhelmstraße - Karpfenteich | 20 " |
| Leipzigerstraße - Ecke Parkstraße | 20 " |
| Lindenstraße, Ecke Hollmannstr. - Neue Krug-Allee | 20 " |
| Behrenstraße, Ecke Wilhelmstraße - Neue Krug-Allee | 25 " |

Betriebsleitung der Elektrischen Straßenbahn Behren-Strasse-Creptow.
Reichel.

Hackescher Markt 4 J. Brünn Am Stadtbahnhof Börse.

Zeltene zurückgegriffene Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinenwaren!
gelangen nunmehr zu ganz außer gewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf.

Möbel-Verkauf

des Möbelspeichers Rosenthaler Strasse 13.
Wegen beschleunigter Vergrößerung meiner
Räumlichkeiten verkaufe ich mein Möbelspeicher
zu noch nie dagewesenen Preisen. Zum An-
zuge und für Brautleute ist somit die einzig
richtige Gelegenheit gegeben. Ausstattungen, so-
wie einzelne Stücke gebiegen und billig ein-
zukaufen. Man lasse sich nicht durch unbillige
Anpreisungen blenden, sondern besichtige sich
die Möbel, welche man kaufen will, genau und
verleihe dieselben mit meinen nur gebotenen
Möbeln und anerkannt billigsten Preisen. Ver-
kaufe ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke
ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbel-
händler. Auch größtes Lager geputzter und
verleibter gewöhnlicher Möbel zu wahrhaften
Spottpreisen: Kleiderstühle 16 Mark, Nussbaum-
Kleiderstühle 20, Wuschel-Kleiderstühle 22
Kommode 9, Sopha 16, Bettstelle mit Sprung-
federmatratze und Kissen 18, Spiegel 8,
Stühle 2, Nussbaumtisch mit Stuhl 6,
Kleiderkasten 60, neue, hochfeine Wasch-
garntur 105 Mark, hochfeine Nussbaum- und
Mahagoni-Möbel spottbillig. Auch gebe ich
Einrichtungen auf Theilzahlung. Kein Ab-
zahlungsgeld! Eigene Tapezierwerkstätten,
vier große Möbelspeicher. Gekaufte Möbel
können kostenfrei auf meinen Lagerplätzen
3 Monate liegen bleiben und werden dann
durch eigene Bedienung sauber transportirt und
aufgehört, auch nach anberaubt.

Deutscher Portier.

Deffert u. Malzkrafbier I. Ranges.
Brauerei Burghaller, Potsdam,
gegr. 1736, bes. f. Vintarmer, Bruststr.,
Vleisch-, Bösch-, Re-
fouu. u. d. leicht be-
kännl., nachh. kräf-
tigste Bier. - Ich
blutbild., desb. best.
Gesichtsfarbe u. Ge-
wichtszun. überersch.
14 Hl. drei, 50 Hl.
zehn Mk. erstl. In
Geb. (1/4, 1/8, 1/16) z.
Selbstlab. wesentlich
billiger. Allein. Ver-
sauder. f. Berlin u.
Prov.: Portierkellerei
Ringler, Berlin,
Dronneustr. 152.
Nicht Flaschenzahl -
Qualität entscheidet!

LINOLEUM-RESTE,

Linoleum-Teppiche, auch etwas fehler-
hafte, Wachsdruckreste, Gummi-Tisch-
decken sehr billig Gruner Weg 102, part.

Wichtig für Brautleute.

Außerordentlich bill. Gelegenheitskäufe.
Muschelbettstelle 28 M., Muschel-
kleiderstühle 38 M., Muschelvertiko 38 M.,
Nachtsche 9-14 M., Waschtische 17,50-27 M.,
Sophas 17,50 M., Divans mit Auszug 48 M., Panel-
sopha mit Säulen und Taschen 135 M.

Möbelspeicher,

Rantianplatz am Kupfergraben,
früher Rehlhaus.

Sonnabend: Resterverkauf

Beachtenswert für Schneider

[5568L*]

Anzug- u. Paletotsstoffe.
Brenner & Cie.
Alte Jakobstr. 57/59.
Jedes Maß zu Engrospreisen.

Schlafst. sep. Neue Jakobstrasse 7
Gartenhaus II. z. 725b

Mühlenstr. Nr. 8,

nah Oberbaum, sind vom 1. Oktober
eine Wohnung von 2 Stuben u. Küche
und eine Wohnung von 1 Stube und
Küche billig zu vermieten. [5829L*]
Der Verwalter.

Ein leeres Vorderzimmer billig bei
Pöbhn, Ratiborstr. 4, v. 4 Tr. 746b

Frdl. möbl. Schlafstelle Mantentuffel-
straße 50, v. 1 Tr. r. 743b

Schlafstelle Markgrafenstr. 9, Quer-
gebäude 3 Tr. geraden, sep. Eingang.

Möbl. Schlafst. f. Herrn Rantentuffel-
straße 50, v. 3 Tr. b. Dentschel. 594b

Hohenzollern-

Mäntel, Zoppen, Paletots,
Winter-Hosen, Anzüge, vor-
jährige, nach Maß bestellt, nicht
abgeholt, verkaufe Hälfte Kosten-
preis. Münzstr. 4. Engel.

für Händler u. Schneider

Stoffreste zu Herren-Anzügen,
Paletots, Hosen spottbillig.

Reste zu Anaben-Anzügen

u. m. f. n. f. zugeschnitten, Hälfte
Kostenpreis. Münzstr. 4. Engel.

Wer - Stoff - hat!

fertige Anzug, 20 M., feinste Zu-
thaten, saubere Arbeit, 2 Anproben,
Hose 3,50. Winterpaletot, Sammet-
tragen, wollenes Futter. Münz-
straße 4, Engel.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren, ganze

Wirtschafts- u. Einrichtungen,
auch auf Theilz. m. ger. An- u. Katenzahl.
b. L. Silberstein, Rosenthalerstr. 49, I.*

Ein grosser Posten

Steppdecken

echt Wolltias (reine Wolle)

Größe 150 x 200, Stck. 7,50 M.

ca. 1000 Stück schwere buntfarbige

Normal-Schlafdecken

in reizenden Jacquard-Mustern,
Größe 150 x 200 cm. 4,50 M.

per Stück

Meine illustrierte Preisliste über
hochfeine Stepp- und Schlafdecken
gratis und franko.

**Steppdecken-
Fabrik Emil Lefèvre,**

Berlin S., Oranienstr. 158.

Sopha, Bettstellen, Matratzen auf Ab-
zahlung Schützenstr. 83. 740b

Zu kaufen gesucht

zu guten Preisen: ältere sozialisti-
sche Bücher und Broschüren (von
Weitling, Lassalle, Marx, Engels
u. a.) sowie Zeitschriften (Neue Zeit,
Nordstern, Volksstaat, Vorbote,
Sozialdemokrat, Zukunft u. a.) Auch
einzelne Hefte u. Nummern.
S. Calvary & Co., Berlin NW.,
Luisenstr. 31. 5551L*

Künstl. Zähne.

F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Möbel, Vollst. Zimmereinrichtung,

gut gearbeitet, Theilzahlung
gestattet. **Reichmann**, Prinzenstr. 62.

Strickwoll-Reiter, Zephur, Rockwolle
zu Partieverk. Holzmarktstr. 60, S. I. 1 Tr.

Möbel, gebrauchte, laust Burow,

Rosenthalerstr. 13.

Steppdecken, eigenes

72 Wall-Strasse 72.
Stauend billige Preise. Reparaturen
jeder Art werden entgegengenommen.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Drechsler!

Folgende Werkstätten haben unsere
Forderung nicht bewilligt:

Fritsche, Oranienstr. 85.

Schmidt, Reichensbergerstr. 155.

Schmidt, in Firma Reiter, Man-
teuffelstraße 54.

Heptner, Seydelstr. 29.
Zugung fernzuhalten.
77/14 Die Lohnkommission.

Achtung, Tischler!

Die Differenzen bei **Klehe**,
Schwedterstr. 5, sind noch nicht
beilegt.

Zugung fernzuhalten.

Shuhmacher,

zirka 50 Mann, werden bei Veltener
Lohnzart sofort verlangt und finden
dauernde Beschäftigung auf **Höke's**
Werk, Lindow i. d. Mark, Bahn-
station. Fahrpreis hin u. zurück 2,20 M.

Knopflochnäherin auf Oberhemden
verl. Louise-Platz 8 III. 744b

Ritter wird verlangt Friedenstraße 10.

Goldflecken. Tüchtige Belegerinnen
finden dauernde Beschäftigung. 741b
Ed. Methlow & Co., Köpnickstr. 109a.

Farblmaler, der vergolden kann,
sucht Landershausen, Prinzenstraße 99.

Wamsells auf Fadets, die viel
Kastanien-Allee 84, III. 702b

Berndelungsmesser,

selbständige Arbeiter, finden dauernde
gute Stellung für Fahrradfabriken.

Schriftliche Offerten mit Angabe der
Gehaltsansprüche u. bisheriger Tätig-
keit vermittelt **Wihl. Pfauhauser**,
Alte Jakobstr. 5. 708b

Barion-Arbeiterin in und außer

dem Hause, Lehnmädchen verlangt
781b **Haenel**, Blumenstr. 79.